

Nomos KOMMENTAR

Mann | Sennekamp | Uechtritz [Hrsg.]

# Verwaltungs- verfahrensgesetz

3. Auflage



Nomos

# NomosKOMMENTAR

Prof. Dr. Thomas Mann | Christoph Sennekamp

Prof. Dr. Michael Uechtritz [Hrsg.]

# Verwaltungs- verfahrensgesetz

3. Auflage

**Dr. Shaghayegh Ashrafzadeh Kian**, Rechtsanwältin, Kassel | **Prof. Dr. Tristan Barczak**, LL.M. Universität Passau | **Dr. Dag Belloth**, Richter am Verwaltungsgericht Hamburg | **Dr. Pino Bosesky**, Ministerialrat, Schleswig-Holsteinischer Landtag, Kiel | **Prof. Dr. Christoph Brüning**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts | **Dr. Daniel Couzinet**, Rechtsanwalt, Stuttgart | **Dr. Markus Deutsch**, Rechtsanwalt, Bonn | **Prof. Dr. Matthias Dombert**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam | **Dr. Sigrid Emmenegger**, Richterin am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig | **Prof. Dr. Andreas Engels**, Richter am Verwaltungsgericht Köln | **Dr. Jörg Henkel**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Düsseldorf | **Prof. Dr. Anna Leisner-Egensperger**, Friedrich-Schiller-Universität Jena | **Dr. Tobias Lieber**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Freiburg i. Br. | **Dr. Johann Lieber**, Richter am Oberverwaltungsgericht, Münster | **Prof. Dr. Thomas Mann**, Georg-August-Universität Göttingen | **Dr. Christine Mattes**, Rechtsanwältin, Stuttgart | **Prof. Dr. Katharina Reiling**, Universität Konstanz | **Martin Sander**, Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof, Kassel | **Prof. Dr. Klaus Schönenbroicher**, Ltd. Ministerialrat, Düsseldorf; Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum | **Prof. Dr. Isabel Schübel-Pfister**, Richterin am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig; Honorarprofessorin an der Universität Bayreuth | **PD Dr. Sönke E. Schulz**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag, Kiel | **Christoph Sennekamp**, Präsident des Verwaltungsgerichts, Freiburg i. Br. | **Prof. Dr. Foroud Shirvani**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn | **Martin Steinkühler**, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig | **Prof. Dr. Joachim Suerbaum**, Julius-Maximilians-Universität Würzburg | **Prof. Dr. Alexander Thiele**, BSP Business and Law School Berlin | **Prof. Dr. Michael Uechtritz**, Rechtsanwalt, Stuttgart | **Prof. Dr. Alexander Windoffer**, Universität Potsdam | **Prof. Dr. Johanna Wolff**, LL.M. eur. (KCL) Universität Osnabrück



Nomos

**Zitiervorschlag:** NK-VwVfG/Bearbeiter § ... Rn. ...  
NK-VwVfG/Bearbeiter VwZG § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0857-5

3. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort zur 3. Auflage

Zwischen dieser dritten Auflage und der Voraufgabe liegen vor allem die rund zwei Jahre, in denen die Covid-19-Pandemie das öffentliche Leben zeitweilig lahmgelegt hat. Gleichwohl sind die Verwaltungen in Deutschland damals weiterhin ihrer Aufgabe nachgekommen, wenn auch unter veränderten Rahmenumständen. Einiges aus dieser Zeit ist wieder dem Normalbetrieb gewichen, manches aber, z.B. Homeoffice und Videokonferenzen, ist zum Bestandteil des Verwaltungsalltags geworden und hat seine Spuren auch im aktuellen Textkorpus des VwVfG hinterlassen. Erinnert sei etwa nur an das in der Coronazeit befristet erlassene Planungssicherstellungsgesetz vom 20. Mai 2020, dessen Regelungen durch das 5. VwVfÄndG von Dezember 2023 nun in Gestalt der §§ 27a bis 27c VwVfG in eine dauerhafte Regelung überführt worden sind. Diese und andere zwischenzeitliche Änderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes – breitere Aufmerksamkeit hat 2024 etwa die Verlängerung der Bekanntgabefiktion des § 41 Absatz 2 Satz 1 VwVfG von drei auf vier Kalendertage erfahren – sowie die aktuelle Rechtsprechungsentwicklung haben Eingang in die Neukomentierungen dieser Auflage gefunden.

Weil sich im Laufe der Zeit auch die fachlichen Schwerpunkte bzw. beruflichen Wege ändern oder gar enden, hat es auch bei dieser Auflage Wechsel im Kreis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter gegeben. So haben sich Prof. Dr. Rüdiger Engel, Prof. Dr. Ines Härtel, Mario Pfau, Dr. Thomas Smollich sowie Dr. Holger Weiß aus dem Autorenteam zurückgezogen. Verlag und Herausgeber bedauern diese Entscheidung und danken ihnen für ihre zuverlässigen und qualitätvollen Kommentierungen. Wir sind glücklich, dass wir für ihre Nachfolge Prof. Dr. Tristan Barczak, Dr. Dag Belloth, Dr. Shaghayegh Ashrafzadeh Kian, Dr. Johann Lier, Prof. Dr. Katharina Reiling, Martin Sander und Prof. Dr. Johanna Wolff gewinnen konnten, welche die Bearbeitungen ebenso engagiert und zukunftsweisend fortgeführt haben. Durch diesen Wechsel ist das Team des Kommentars insgesamt noch ein Stück jünger und weiblicher geworden.

Unverändert gilt der Dank von Herausgebern, Autorinnen und Autoren den in vielfältiger Form beteiligten Mitarbeitenden sowie Hilfs- und Schreibkräften, deren verdienstvollen Anteile am Entstehen der 3. Auflage des Kommentars an dieser Stelle ausdrücklich gewürdigt werden soll. Ein großer Dank gilt gleichermaßen auch Charlotte Frickinger und dem Team des Nomos-Verlages für ihre stets vertrauensvolle Zusammenarbeit und umsichtige Betreuung dieses Werkes.

Göttingen/Freiburg und Stuttgart im März 2025

Die Herausgeber

## Vorwort (zur 1. Auflage)

Als das Verwaltungsverfahrensgesetz im Jahre 1976 erlassen wurde, bildete es den vorläufigen Schlussstein einer langjährigen Kodifikationsdiskussion, deren Kulminationspunkte in der Staatsrechtslehrtagung 1958 und im 43. Deutschen Juristentag 1960 zu sehen sind. Die damit fast zwanzigjährige Entstehungszeit des VwVfG verblasst inzwischen jedoch angesichts der über 35 Jahre, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vergangen sind. In dieser Zeit ist das Gesetz zunächst fast zwei Jahrzehnte lang weitgehend unverändert geblieben, doch hat der Reformeifer des Gesetzgebers etwa seit Mitte der neunziger Jahre zu gravierenderen Eingriffen in den Textkorpus geführt, die dabei auch – wie bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Jahre 2008 – europarechtlichen Impulsen geschuldet waren. Nach früheren punktuellen Änderungen des VwVfG mit Blick auf die elektronische Verwaltung hat dieser Komplex durch das im Jahre 2013 erlassene E-Government-Gesetz unlängst sogar eine Ausgliederung in ein weiteres Stammgesetz erfahren. Das hat schon anderweitig zu konstatierende Dekodifikationsstendenzen, wie sie etwa dem Fachplanungsrecht, dem Entwurf eines UGB oder den Forderungen nach einem eigenen Regulierungsgesetz innewohnen, nochmals verstärkt.

Vieles deutet daher darauf hin, dass das Verwaltungsverfahrenrecht in den nächsten Jahren vor einer Bewährungsprobe stehen wird, bei der insbesondere die Überformungen des deutschen Rechts durch die Vorgaben des primären und sekundären Unionsrechts sowie die Wechselbeziehungen mit und Besonderheiten in den verschiedenen Materien des Besonderen Verwaltungsrechts nach stärkerer Berücksichtigung verlangen. Diesen Herausforderungen soll mit einer zeitgemäßen Kommentierung des VwVfG Rechnung getragen werden. Zu diesem Zweck hat sich ein Team vorwiegend jüngerer Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Verwaltung, Justiz und Anwaltschaft zusammen gefunden, für das eine Interpretation nationalen Rechts mit Blick auf europarechtliche Einflüsse, die Verzahnung des Verfahrensrechts mit dem Besonderen Verwaltungsrecht und ein Verständnis für die Erfordernisse der elektronischen Kommunikation eine Selbstverständlichkeit sind. Entstanden ist dabei ein Großkommentar, der – wie das „Schwesterwerk“ von NK-VwGO zur VwGO – zum einen verlässlich über den Stand der Normauslegung und -anwendung informieren soll, zum anderen den Autoren aber auch Raum für pointierte Positionen und weiterführende Erwägungen zu neu auftretenden Problemstellungen gelassen hat. Den künftigen Nutzern möge der Kommentar daher als Orientierung und Anregung zugleich dienen.

Herausgeber und Autoren danken den in vielfältiger Form beteiligten Mitarbeitern, Hilfs- und Schreibkräften, ohne die das Entstehen eines solchen Werkes nicht möglich gewesen wäre, sowie nicht zuletzt dem engagierten Lektorat des Nomos-Verlages, namentlich Frau Charlotte Frickinger und Herrn Prof. Dr. Johannes Rux.

Göttingen, Freiburg und Stuttgart, im Februar 2014

Die Herausgeber

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage .....	5
Vorwort (zur 1. Auflage) .....	6
Autorenverzeichnis .....	13
Bearbeiterverzeichnis .....	15
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis .....	17

## Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

Vorbemerkung .....	35
--------------------	----

### Teil I

#### Anwendungsbereich, örtliche Zuständigkeit, elektronische Kommunikation, Amtshilfe, europäische Verwaltungszusammenarbeit

##### Abschnitt 1

##### Anwendungsbereich, örtliche Zuständigkeit, elektronische Kommunikation

§ 1 Anwendungsbereich .....	50
§ 2 Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	80
§ 3 Örtliche Zuständigkeit .....	94
§ 3a Elektronische Kommunikation .....	118

##### Abschnitt 2

##### Amtshilfe

§ 4 Amtshilfepflicht .....	162
§ 5 Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe .....	183
§ 6 Auswahl der Behörde .....	204
§ 7 Durchführung der Amtshilfe .....	207
§ 8 Kosten der Amtshilfe .....	214

##### Abschnitt 3

##### Europäische Verwaltungszusammenarbeit

§ 8a Grundsätze der Hilfeleistung .....	220
§ 8b Form und Behandlung der Ersuchen .....	246
§ 8c Kosten der Hilfeleistung .....	253
§ 8d Mitteilungen von Amts wegen .....	254
§ 8e Anwendbarkeit .....	259

### Teil II

#### Allgemeine Vorschriften über das Verwaltungsverfahren

##### Abschnitt 1

##### Verfahrensgrundsätze

§ 9 Begriff des Verwaltungsverfahrens .....	261
§ 10 Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens .....	292
§ 11 Beteiligungsfähigkeit .....	307
§ 12 Handlungsfähigkeit .....	319
§ 13 Beteiligte .....	334
§ 14 Bevollmächtigte und Beistände .....	353
§ 15 Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten .....	374

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 16	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen .....	378
§ 17	Vertreter bei gleichförmigen Eingaben .....	385
§ 18	Vertreter für Beteiligte bei gleichem Interesse .....	392
§ 19	Gemeinsame Vorschriften für Vertreter bei gleichförmigen Eingaben und bei gleichem Interesse .....	395
§ 20	Ausgeschlossene Personen .....	397
§ 21	Besorgnis der Befangenheit .....	437
§ 22	Beginn des Verfahrens .....	451
§ 23	Amtssprache .....	469
§ 24	Untersuchungsgrundsatz .....	481
§ 25	Beratung, Auskunft, frühe Öffentlichkeitsbeteiligung .....	509
§ 26	Beweismittel .....	524
§ 27	Versicherung an Eides statt .....	545
§ 27a	Bekanntmachung im Internet .....	549
§ 27b	Zugänglichmachung auszulegender Dokumente .....	554
§ 27c	Erörterung mit Verfahrensbeteiligten oder der Öffentlichkeit .....	561
§ 28	Anhörung Beteiligter .....	568
§ 29	Akteneinsicht durch Beteiligte .....	597
§ 30	Geheimhaltung .....	627
<b>Abschnitt 2</b> Fristen, Termine, Wiedereinsetzung		
§ 31	Fristen und Termine .....	637
§ 32	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	653
<b>Abschnitt 3</b> Amtliche Beglaubigung		
§ 33	Beglaubigung von Dokumenten .....	674
§ 34	Beglaubigung von Unterschriften .....	692
<b>Teil III</b> <b>Verwaltungsakt</b>		
<b>Abschnitt 1</b> Zustandekommen des Verwaltungsaktes		
§ 35	Begriff des Verwaltungsaktes .....	698
§ 35a	Vollständig automatisierter Erlass eines Verwaltungsaktes .....	756
§ 36	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt .....	771
§ 37	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes; Rechtsbehelfsbelehrung .....	817
§ 38	Zusicherung .....	882
§ 39	Begründung des Verwaltungsaktes .....	948
§ 40	Ermessen .....	981
§ 41	Bekanntgabe des Verwaltungsaktes .....	1078
§ 42	Offenbare Unrichtigkeiten im Verwaltungsakt .....	1154
§ 42a	Genehmigungsfiktion .....	1171
<b>Abschnitt 2</b> Bestandskraft des Verwaltungsaktes		
§ 43	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes .....	1214
§ 44	Nichtigkeit des Verwaltungsaktes .....	1233
§ 45	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern .....	1248

§ 46	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern .....	1297
§ 47	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes .....	1347
§ 48	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes .....	1365
§ 49	Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes .....	1425
§ 49a	Erstattung, Verzinsung .....	1469
§ 50	Rücknahme und Widerruf im Rechtsbehelfsverfahren .....	1490
§ 51	Wiederaufgreifen des Verfahrens .....	1500
§ 52	Rückgabe von Urkunden und Sachen .....	1523

Abschnitt 3

Verjährungsrechtliche Wirkungen des Verwaltungsaktes

§ 53	Hemmung der Verjährung durch Verwaltungsakt .....	1531
------	---	------

Teil IV

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

§ 54	Zulässigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrags .....	1546
§ 55	Vergleichsvertrag .....	1603
§ 56	Austauschvertrag .....	1619
§ 57	Schriftform .....	1641
§ 58	Zustimmung von Dritten und Behörden .....	1654
§ 59	Nichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrags .....	1668
§ 60	Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen .....	1698
§ 61	Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung .....	1715
§ 62	Ergänzende Anwendung von Vorschriften .....	1731

Teil V

Besondere Verfahrensarten

Abschnitt 1

Förmliches Verwaltungsverfahren

§ 63	Anwendung der Vorschriften über das förmliche Verwaltungsverfahren .....	1758
§ 64	Form des Antrags .....	1772
§ 65	Mitwirkung von Zeugen und Sachverständigen .....	1776
§ 66	Verpflichtung zur Anhörung von Beteiligten .....	1787
§ 67	Erfordernis der mündlichen Verhandlung .....	1793
§ 68	Verlauf der mündlichen Verhandlung .....	1805
§ 69	Entscheidung .....	1819
§ 70	Anfechtung der Entscheidung .....	1829
§ 71	Besondere Vorschriften für das förmliche Verfahren vor Ausschüssen .....	1831

Abschnitt 1a

Verfahren über eine einheitliche Stelle

§ 71a	Anwendbarkeit .....	1840
§ 71b	Verfahren .....	1851
§ 71c	Informationspflichten .....	1859
§ 71d	Gegenseitige Unterstützung .....	1864
§ 71e	Elektronisches Verfahren .....	1867

Abschnitt 2

Planfeststellungsverfahren

§ 72	Anwendung der Vorschriften über das Planfeststellungsverfahren .....	1870
------	--	------

Inhaltsverzeichnis

---

§ 73	Anhörungsverfahren .....	1933
§ 74	Planfeststellungsbeschluss, Plangenehmigung .....	2033
§ 75	Rechtswirkungen der Planfeststellung .....	2151
§ 76	Planänderungen vor Fertigstellung des Vorhabens .....	2208
§ 77	Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses .....	2224
§ 78	Zusammentreffen mehrerer Vorhaben .....	2236

**Teil VI**  
**Rechtsbehelfsverfahren**

§ 79	Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte .....	2248
§ 80	Erstattung von Kosten im Vorverfahren .....	2268

**Teil VII**  
**Ehrenamtliche Tätigkeit, Ausschüsse**

**Abschnitt 1**  
**Ehrenamtliche Tätigkeit**

§ 81	Anwendung der Vorschriften über die ehrenamtliche Tätigkeit .....	2294
§ 82	Pflicht zu ehrenamtlicher Tätigkeit .....	2302
§ 83	Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit .....	2304
§ 84	Verschwiegenheitspflicht .....	2308
§ 85	Entschädigung .....	2317
§ 86	Abberufung .....	2320
§ 87	Ordnungswidrigkeiten .....	2326

**Abschnitt 2**  
**Ausschüsse**

§ 88	Anwendung der Vorschriften über Ausschüsse .....	2328
§ 89	Ordnung in den Sitzungen .....	2335
§ 90	Beschlussfähigkeit .....	2343
§ 91	Beschlussfassung .....	2350
§ 92	Wahlen durch Ausschüsse .....	2355
§ 93	Niederschrift .....	2359

**Teil VIII**  
**Schlussvorschriften**

§ 94	Übertragung gemeindlicher Aufgaben .....	2363
§ 95	Sonderregelung für Verteidigungsangelegenheiten .....	2365
§ 96	Überleitung von Verfahren .....	2367
§§ 97–99	(weggefallen) .....	2372
§ 100	Landesgesetzliche Regelungen .....	2372
§ 101	Stadtstaatenklausel .....	2375
§ 102	Übergangsvorschrift zu § 53 .....	2375
§ 102a	Übergangsregelung für die Durchführung von Verwaltungsverfahren .....	2379
§ 103	(Inkrafttreten) .....	2381

---

## Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)

§ 1	Anwendungsbereich .....	2383
§ 2	Allgemeines .....	2386
§ 3	Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde .....	2389
§ 4	Zustellung durch die Post mittels Einschreiben .....	2396
§ 5	Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekanntnis; elektronische Zustellung ..	2400
§ 5a	Elektronische Zustellung gegen Abholbestätigung über De-Mail-Dienste .....	2410
§ 6	Zustellung an gesetzliche Vertreter .....	2413
§ 7	Zustellung an Bevollmächtigte .....	2416
§ 8	Heilung von Zustellungsmängeln .....	2419
§ 9	Zustellung im Ausland .....	2422
§ 10	Öffentliche Zustellung .....	2428
	Stichwortverzeichnis .....	2433

## Autorenverzeichnis

*Dr. Shaghayegh Ashrafzadeh Kian*  
Rechtsanwältin, Kassel

Prof. Dr. *Tristan Barczak*, LL.M.  
Universität Passau, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien

*Dr. Dag Bellroth*  
Richter am Verwaltungsgericht Hamburg

*Dr. Pino Bosesky*  
Ministerialrat, Schleswig-Holsteinischer Landtag, Kiel

Prof. Dr. *Christoph Brüning*  
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts;  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften

*Dr. Daniel Couzinet*  
Rechtsanwalt, Stuttgart

*Dr. Markus Deutsch*  
Rechtsanwalt, Bonn

Prof. Dr. *Matthias Dombert*  
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam

*Dr. Sigrid Emmenegger*  
Richterin am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig

Prof. Dr. *Andreas Engels*  
Richter am Verwaltungsgericht Köln

*Dr. Jörg Henkel*  
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Düsseldorf

Prof. Dr. *Anna Leisner-Egensperger*  
Friedrich-Schiller-Universität Jena; Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Steuerrecht

*Dr. Tobias Lieber*  
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Freiburg i. Br.

*Dr. Johann Lier*  
Richter am Oberverwaltungsgericht Münster

Prof. Dr. *Thomas Mann*  
Georg-August-Universität Göttingen; Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht

*Dr. Christine Mattes*  
Rechtsanwältin, Stuttgart

Prof. Dr. *Katharina Reiling*  
Universität Konstanz; Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, internationales Recht und maritimes Recht

*Martin Sander*  
Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof, Kassel

Prof. Dr. *Klaus Schönenbroicher*  
Ltd. Ministerialrat, Innenministerium des Landes NRW, Düsseldorf; Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. *Isabel Schübel-Pfister*  
Richterin am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig; Honorarprofessorin an der Universität Bayreuth

PD Dr. *Sönke E. Schulz*, Ass. iur.  
Schleswig-Holsteinischer Landkreistag, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Kiel

## Autorenverzeichnis

---

*Christoph Sennekamp*

Präsident des Verwaltungsgerichts, Freiburg i. Br.

*Prof. Dr. Foroud Shirvani*

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

*Martin Steinkühler*

Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig

*Prof. Dr. Joachim Suerbaum*

Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht

*Prof. Dr. Alexander Thiele*

BSP Business and Law School Berlin; Lehrstuhl für Staatstheorie und Öffentliches Recht, insbesondere Staats- und Europarecht

*Prof. Dr. Michael Uechtritz*

Rechtsanwalt, Stuttgart

*Prof. Dr. Alexander Windoffer*

Universität Potsdam, Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Besonderes Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften

*Prof. Dr. Johanna Wolff*, LL.M. eur. (KCL)

Universität Osnabrück, Professur für öffentliches Recht, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerrecht

## Bearbeiterverzeichnis

Vorbemerkung	Thomas Mann
§§ 1, 2	Klaus Schönenbroicher (bis zur 2. Auflage) Johanna Wolff (ab der 3. Auflage)
§ 3	Jörg Henkel
§ 3a	Sönke E. Schulz
§§ 4–8	Foroud Shirvani
§§ 8a–8e	Katharina Reiling (ab der 3. Auflage)
§§ 9–13	Christoph Sennekamp
§§ 14–19	Matthias Dombert
§§ 20, 21	Martin Steinkühler
§ 22	Rüdiger Engel/Mario Pfau (bis zur 2. Auflage) Johann Lier (ab der 3. Auflage)
§ 23	Isabel Schübel-Pfister
§§ 24–26	Rüdiger Engel/Mario Pfau (bis zur 2. Auflage) Johann Lier (ab der 3. Auflage)
§§ 27, 27a	Rüdiger Engel/Mario Pfau (bis zur 2. Auflage) Dag Bellroth (ab der 3. Auflage)
§§ 27b, 27c	Shaghayegh Ashrafzadeh Kian
§ 28	Rüdiger Engel/Mario Pfau (bis zur 2. Auflage) Christoph Sennekamp (ab der 3. Auflage)
§ 29	Rüdiger Engel (bis zur 2. Auflage) Sönke E. Schulz (ab der 3. Auflage)
§ 30	Rüdiger Engel/Mario Pfau (bis zur 2. Auflage) Dag Bellroth (ab der 3. Auflage)
§§ 31–34	Christine Mattes
§§ 35, 35a	Alexander Windoffer
§ 36	Holger Weiß (bis zur 2. Auflage) Tristan Barczak (ab der 3. Auflage)
§ 37	Klaus Schönenbroicher (bis zur 2. Auflage) Daniel Couzinet (ab der 3. Auflage)
§ 38	Michael Uechtritz
§ 39	Holger Weiß (bis zur 2. Auflage) Daniel Couzinet (ab der 3. Auflage)
§ 40	Klaus Schönenbroicher
§ 41	Daniel Couzinet
§§ 42, 42a	Michael Uechtritz
§§ 43, 44	Anna Leisner-Egensperger
§§ 45, 46	Sigrid Emmenegger
§ 47	Sönke E. Schulz
§§ 48–50	Joachim Suerbaum
§§ 51–53	Andreas Engels
§§ 54–56	Christoph Brüning/Pino Bosesky
§§ 57–62	Thomas Mann

## Bearbeiterverzeichnis

---

§§ 63–71	Jörg Henkel
§§ 71a–71e	Alexander Windoffer
§§ 72–74	Tobias Lieber
§§ 75–78	Markus Deutsch
§§ 79, 80	Isabel Schübel-Pfister
§§ 81–87	Sönke E. Schulz
§§ 88–93	Alexander Thiele
§§ 94–96, 100–103	Christoph Sennekamp
§§ 1–10 VwZG	Thomas Smollich (bis zur 2. Auflage) Martin Sander (ab der 3. Auflage)

## Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)<sup>1, 2</sup>

In der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003<sup>3</sup> (BGBl. I S. 102)  
(FNA 201-6)

zuletzt geändert durch Art. 2 des G v. 15. Juli 2024 (BGBl. I Nr. 236).

### Vorbemerkung

A. Entwicklung des Verwaltungsverfahrensrechts .....	1	I. Grundsätzliches zur Anwendung .....	23
B. Anwendungsbereich .....	9	II. Direkter und indirekter Vollzug .....	30
I. Bundes- und Landesverwaltung .....	9	III. Die Einwirkung europäischen Rechts .....	35
II. Die drei Säulen des Verfahrensrechts .....	11	1. Primäres und sekundäres EU-Recht .....	35
III. Weitere Ausnahmen .....	13	2. Art. 41 Grundrechte-Charta .....	39
IV. Perspektiven – Fortschreibung der Ver- lustliste? .....	16	3. Europäische Einflüsse am Beispiel des Vergaberechts .....	41
C. Verfassungsgebundenheit und Funktionen des Verwaltungsverfahrensrechts .....	18	4. Europäische Einflüsse am Beispiel der DS-GVO .....	45
D. Unionsrechtliche Einflüsse und Eigenver- waltungsrecht der Europäischen Union .....	23	5. Rechtsfortbildung durch den EuGH .....	46
		E. Rechtsprechung des EGMR .....	47

### A. Entwicklung des Verwaltungsverfahrensrechts<sup>1</sup>

Die neuere<sup>2</sup> Geschichte des Verwaltungsverfahrensrechts ist gekennzeichnet vom Streit um das **Ob und wie der Kodifizierung** (Verallgemeinerung des Verwaltungsrechts in nur einem Stammgesetz versus Verbesonderung allgemeiner Prinzipien und Institute in zahlreichen verwaltungsverfahrensrechtlichen Spezialvorschriften des Besonderen Verwaltungsrechts) sowie von den Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern um die Gesetzgebungszuständigkeit zur Regelung des Verfahrensrechts für Landesbehörden bei der Bundesauftragsverwaltung (Art. 85 GG) und dem landeseigenen Vollzug von Bundesgesetzen (Art. 84 GG).<sup>3</sup>

1 S. zum Verwaltungsverfahren auch die folgenden Vorschriften der Länder:

- **Baden-Württemberg:** VerwaltungsverfahrensG für Baden-Württemberg – LVwVfG
- **Bayern:** Bayerisches VerwaltungsverfahrensG – BayVwVfG
- **Berlin:** G über das Verfahren der Berliner Verwaltung – VwVfG BE
- **Brandenburg:** VerwaltungsverfahrensG für das Land Brandenburg – VwVfGBbg
- **Bremen:** Bremisches VerwaltungsverfahrensG – BremVwVfG
- **Hamburg:** Hamburgisches VerwaltungsverfahrensG – HmbVwVfG
- **Hessen:** Hessisches VerwaltungsverfahrensG – HVwVfG
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und VollstreckungsG des Landes Mecklenburg-Vorpommern – VwVfG M-V
- **Niedersachsen:** Niedersächsisches VerwaltungsverfahrensG – NVwVfG
- **Nordrhein-Westfalen:** VerwaltungsverfahrensG für das Land Nordrhein-Westfalen – VwVfG NRW
- **Rheinland-Pfalz:** LandesverwaltungsverfahrensG – LVwVfG
- **Saarland:** Saarländisches VerwaltungsverfahrensG – SVwVfG
- **Sachsen:** Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen – SächsVwVfZG
- **Sachsen-Anhalt:** VerwaltungsverfahrensG Sachsen-Anhalt – VwVfG LSA
- **Schleswig-Holstein:** Allgemeines VerwaltungsG für das Land Schleswig-Holstein – LVwG
- **Thüringen:** Thüringer VerwaltungsverfahrensG – ThürVwVfG.

2 S. hierzu ua die Belehrung über Rechtsbehelfe nach dem VwVfG.

3 Neubekanntmachung des VwVfG idF der Bek. v. 21.9.1998 (BGBl. I 3050) in der ab 1.2.2003 geltenden Fassung.

1 Diese Vorbemerkung erweitert und vertieft den Text von *Schönenbroicher*, der in der Voraufll. noch in Rn. 9 ff. der Kommentierung zu § 1 enthalten war.

2 Zur älteren Entwicklung auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts vgl. vor allem Klappstein/von Unruh, Rechtsstaatliche Verwaltung durch Gesetzgebung, 1987, 7 ff.; Obermayer NJW 1987, 2642; von Unruh NVwZ 1988, 690.

3 Genaue Dokumentation und ausf. Bewertung: Klappstein/von Unruh, Rechtsstaatliche Verwaltung durch Gesetzgebung, 1987, und Klappstein, Rechtseinheit und Rechtsvielfalt im Verwaltungsrecht, 1994.

## Vorbemerkung

- 2 Die älteste **Kodifizierung** des Verwaltungsverfahrensrechts<sup>4</sup> ist, für den Bereich der steuerlichen Eingriffsverwaltung, die Reichsabgabenordnung von 1919.<sup>5</sup> Das am 1.1.1977 in Kraft getretene (allgemeine) Verwaltungsverfahrensgesetz stellt somit, zeitlich gesehen, die „mittlere“ Kodifikation des Bundes dar, denn 1980 folgte für den schnell wachsenden Sozialbereich das SGB X<sup>6</sup> als bereichsspezifische verfahrensrechtliche Vollregelung und gewissermaßen als Fortschreibung des SGB I.<sup>7</sup>
- 3 Dem VwVfG vorausgegangen waren **Ansätze** auf Länderebene zu, aus heutiger Sicht, rechtsstaatlich orientierten Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzen, vor 1945 etwa das preußische Landesverwaltungsgesetz von 1883<sup>8</sup> und die badische Verfahrensverordnung von 1884.<sup>9</sup> Nach 1945 kam es sowohl auf Bundesebene (etwa mit dem eigenständigen Verfahrens- und Organisationsgesetz des Bundes über die Kriegsopferversorgung<sup>10</sup>) als auch auf Ebene der Länder<sup>11</sup> zunehmend zu auseinanderlaufenden Gesetzgebungsaktivitäten.<sup>12</sup> Die Innenminister der Länder setzten 1956 einen Unterausschuss mit dem Ziel ein, ein allgemeines Verfahrensrecht zu erarbeiten; dieser Unterausschuss legte im Januar 1957 Eckpunkte für in allen Ländern einheitliche Verwaltungsverfahrensgesetze (**Simultangesetzgebung der Länder**) vor.<sup>13</sup> Die daraus im Hinblick auf eine Rechtszersplitterung entstehenden Gefahren wurden auch iRd 43. Deutschen Juristentages 1960<sup>14</sup> und zuvor, vielleicht noch wirkmächtiger, in der **Staatsrechtslehrtagung 1958**<sup>15</sup> erörtert.<sup>16</sup> Die anhaltenden Diskussionen bewogen 1960 den seinerzeitigen Bundesminister des Innern, eine Bund-Länder-Kommission unter Vorsitz des späteren nordrhein-westfälischen Staatssekretärs *Rietdorf* einzusetzen, welche von den Professoren *Fröhler*, *Bachof* und *Ule* beraten wurde.<sup>17</sup> Die Kommission legte 1964 ihren Abschlussbericht nebst einem **Musterentwurf** vor, welcher in seinen Grundprinzipien, der Gliederung und dem Inhalt schon dem späteren Gesetz entsprach.<sup>18</sup> Aus dem Musterentwurf entstand 1965/1966 ein **Referentenentwurf**, 1970 sodann ein **Regierungsentwurf**, der aber wegen des vorzeitigen Endes der 6. Wahlperiode des Deutschen Bundestages nicht mehr abschließend beraten werden konnte.<sup>19</sup> Als bis 1977 einziges Land<sup>20</sup> hatte das Land Schleswig-Holstein zwischenzeitlich mit dem Landesverwaltungsgesetz<sup>21</sup> zum 1.1.1968 eine Kodifikation auf der Basis des Musterentwurfs in Kraft gesetzt.

4 Zur Geschichte der Kodifikationen vgl. insbes. SBS/Sachs Einl. Rn. 1 ff. mN; von Unruh NVwZ 1988, 690.

5 Reichsabgabenordnung vom 13.12.1919 (RGBl. I 1993).

6 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren – SGB X v. 18.8.1980 (BGBl. I 1469, 2218).

7 Zu diesen Kodifikationen Hill/Sommermann/Stelkens/Ziekow/Schönenbroicher 35 Jahre VwVfG, 2011, 263 ff.; SBS/Sachs Einl. Rn. 50 ff.

8 Preuß Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30.7.1883 (PrGS 195).

9 Badische Landesherrliche Verordnung, das Verfahren in Verwaltungssachen betreffend, vom 31.8.1884 (GVBl. 385).

10 Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung vom 2.5.1955 (BGBl. I 202).

11 S. für NRW das Erste Gesetz zur Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung (Erstes Vereinfachungsgesetz) vom 23.7.1957 (GVBl. NRW S. 189) und das Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (OBG) vom 16.10.1956 (GVBl. NRW S. 289), vgl. dazu Rietdorf DÖV 1957, 7.

12 Ausf. mN Klappstein/von Unruh, Rechtsstaatliche Verwaltung durch Gesetzgebung, 1987, 48 ff., 53 ff.; beispielhaft verwiesen sei auf die bedeutende rechtsstaatliche Errungenschaft des OBG NRW von 1957 (Fn. 11) und die ausdr. Hoffnung seiner Schöpfer, es werde als „bescheidene Teilkodifikation des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts“ ... „sicherlich als Modellfall für die Angleichung auf anderen spezialgesetzlich geregelten Gebieten Bedeutung haben“ (Rietdorf DÖV 1957, 7 [14]); dazu Schönenbroicher/Heusch/Schönenbroicher, Ordnungsbehördengesetz NRW, 2014, Einl., passim.

13 Ausf. Klappstein, Rechtseinheit und Rechtsvielfalt im Verwaltungsrecht, 1994, 40 ff.; der Beschluss des Ausschusses ist abgedruckt bei Klappstein/von Unruh, Rechtsstaatliche Verwaltung durch Gesetzgebung, 1987, 204 ff.

14 Verhandlungen des 43. DJT, Bd. I, Gutachten Spanner, 1960, Bd. II, Teil D, Referate v.d. Groeben, Weber, 1962.

15 VVDStRL 17 (1959) mit Referaten von Bettermann (S. 118 ff.) und Melichar (S. 183 ff.). In der Aussprache wies Prof. Dr. Schima (Wien) das Wort, um „als einer der ältesten anwesenden Österreicher auf seiner langjährigen Wahrnehmung zu bekunden, daß die erziehende Wirkung der Verwaltungsverfahrensgesetze gar nicht überschätzt werden könne. Herr Melichar habe die schreckliche Zeit vor Erlaß der Verwaltungsverfahrensgesetze nicht mehr selbst erlebt; er, Schima, kenne sie aber noch“ (S. 231).

16 Eingehend dazu Klappstein, Rechtseinheit und Rechtsvielfalt im Verwaltungsrecht, 1994, 21 ff.

17 BMI, Musterentwurf, passim; zu dem Bund-Länder-Ausschuss Sandler AöR 94 (1969) 131; Klappstein/von Unruh, Rechtsstaatliche Verwaltung durch Gesetzgebung, 1987, 71 ff.; vorausgegangen war 1957 die Einsetzung einer ersten Sachverständigenkommission, dazu Klappstein, Rechtseinheit und Rechtsvielfalt im Verwaltungsrecht, 1994, 19 f.; Ule DVBl 1976, 421.

18 BMI, Musterentwurf, S. 7, 59 f.; dazu Klappstein, Rechtseinheit und Rechtsvielfalt im Verwaltungsrecht, 1994, 20 f., SBS/Sachs Einl. Rn. 18, 28.

19 Nähere Historie bei SBS/Sachs Einl. Rn. 35.

20 SBS/Sachs Einl. Rn. 31.

21 Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG) vom 18.4.1967 (GVBl. 131). Dazu Sandler AöR 94 (1969) 130; Klappstein Nord ÖR 2000, 143.

Die Bundesregierung legte 1973 einen überarbeiteten **Regierungsentwurf** vor, der im Hinblick auf die Frage, ob sich der Geltungsbereich des Gesetzes auch auf die Ausführung von Bundesrecht durch Länderbehörden erstrecken sollte, äußerst umstritten war. Der Streit wurde im **Vermittlungsausschuss** durch Einfügung des § 1 Abs. 3 beigelegt. In den seinerzeitigen (1970–1976) parlamentarischen Beratungen im Deutschen Bundestag äußerten sich Vertreter aller Fraktionen dahin gehend, dass der Bürger nicht mehr auf ungeschriebene Rechtsgrundsätze verwiesen sein wolle. Nicht mehr Rspr. und Rechtslehre, sondern das Gesetz solle Auskunft darüber geben, welche Rechte der einzelne besitze. Das Nachschlagen in dickleibigen Gesetzessammlungen nach speziellen Verfahrensregelungen solle damit in Zukunft unnötig sein.<sup>22</sup> Das **VwVfG** wurde am 25.5.1976 ausgefertigt und am 29.5.1976 verkündet;<sup>23</sup> es trat **am 1.1.1977 in Kraft**.<sup>24</sup> Das Aufschieben des Inkrafttretens hatte seinen Grund darin, dass den Ländern Gelegenheit geboten werden sollte, zwischenzeitlich eigene Verwaltungsverfahrensgesetze zu erlassen.<sup>25</sup> Denn die **Innenministerkonferenz** hatte bereits am 20.2.1976 den Beschluss gefasst, im Interesse der Rechtsgleichheit nach Erlass des VwVfG des Bundes auf die Verabschiedung inhaltsgleicher Landes-VwVfG hinzuwirken, die in den Jahren 1976 und 1977 auch erlassen wurden.

Die **Novellierungen** des VwVfG, auf die, soweit erforderlich, in den jeweiligen Vorschriften iE eingegangen wird,<sup>26</sup> sind lange Zeit nur von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung gewesen.<sup>27</sup> Auch die bedeutsame **Beschleunigungsnovellierung** bezüglich der großen **Infrastrukturplanungen im Zuge der Deutschen Einheit** (1991/2006)<sup>28</sup> erfolgte außerhalb des VwVfG, wodurch die missliche Zersplitterung des Verwaltungsverfahrensrechts wieder zugenommen hat.<sup>29</sup> Eine – von Bundestag und Bundesrat schon im Oktober 2006 der Bundesregierung als Arbeitsauftrag aufgegeben<sup>30</sup> – „Wiedervereinigung“ bzw. Vereinheitlichung durch Anpassung der Vorschriften über die Planfeststellung (§§ 72 ff.) konnte erst 2013 durch das „**Planungsvereinheitlichungsgesetz**“<sup>31</sup> hergestellt werden.

Weitere wichtige Änderungen des VwVfG lassen sich den Agenden Europäisierung und Digitalisierung zuordnen. So wurden die erst 1996 im Zuge des GenBeschlG<sup>32</sup> eingeführten §§ 71a–71e (aF), die, etwa mittels eines Sternverfahrens gem. § 71d aF, eine „Beschleunigung“ von (als solchen im VwVfG gar nicht geregelten) **wirtschaftsbezogenen Genehmigungsverfahren**, bewirken sollten, bereits im Jahr 2008, ohne dass dies auf größeren Widerstand gestoßen wäre, wieder gestrichen und die Paragrafennummern §§ 71a–71e zur Umsetzung der **EU-Dienstleistungsrichtlinie** und zur Einführung „**einheitlicher Stellen**“ (in der EU-Dienstleistungsrichtlinie „Einheitliche Ansprechpartner“ genannt) neu vergeben.<sup>33</sup> Mit dem 3. Änderungsgesetz 2002 wurde das VwVfG durch Einfügung des § 3a und weiterer Änderungen an die Realitäten der **elektronischen Kommunikation** angepasst,<sup>34</sup> bevor die Schaffung des § 35a<sup>35</sup> der technischen Möglichkeit Rechnung trug, dass ein Verwaltungsakt vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden kann. Ob es aufgrund der angestrebten (rein) elektronischen Verfahrensgestaltung, die ganz ohne Papierakten und Papierschriftverkehr auskommen soll, zu einem „Paradigmenwechsel“ oder einem Zeitenwechsel im materiellen Verfahrensrecht kommen sollte oder muss,

22 Vgl. die Zusammenfassung der Beratungen bei Klapstein, Rechtseinheit und Rechtsvielfalt im Verwaltungsrecht, 1994, 39.

23 BGBl. 1976 I 1253.

24 Vgl. den damaligen § 103 Abs. 1 VwVfG, der ab der Neubekanntmachung des Gesetzes vom 21.9.1998 (BGBl. I 3050) entfallen ist.

25 Bericht des InnenA BT-Drs. 7/4494, 12.

26 Allg. Überblick mN etwa bei Knack/Henneke/Henneke/Ruffert Vorb. § 1 Rn. 18 ff.; Kopp/Ramsauer Einl. I Rn. 29 ff.; Obermayer/Funke-Kaiser/Wittinger Einl. Rn. 30 ff.

27 SBS/Sachs Einl. Rn. 42.

28 Vgl. rückblickend Schönenbroicher VBIBW 2012, 445.

29 Krit. auch SBS/Schmitz § 1 Rn. 259.

30 Vgl. die Entschlüsse des Bundestages vom 27.10.2006 (Beschlussempfehlung BT-Dr. 16/3158, 28 f., Abstimmung BT-Prot. 16/61, 6016 B) und des Bundesrates vom 24.11.2006 (BR-Prot. 828/06, 368 B).

31 Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PIVereinHG) vom 31.5.2013 (BGBl. I 1388). Dazu (teils kontrovers) Schönenbroicher VBIBW 2012, 445; Schmitz/Prell NVwZ 2013, 745; Stürer DVBl 2013, 700.

32 Vgl. Art. 1 Nr. 5 des Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (GenBeschlG) vom 12.9.1996 (BGBl. I 1354). Dazu nur Bonk NVwZ 1997, 320.

33 Durch das 4. VwVfÄndG vom 11.12.2008 (BGBl. I 2418). Eingefügt wurde auch die Genehmigungsfiktion des § 42a, vgl. näher Schönenbroicher VBIBW 2012, 445.

34 Drittes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften vom 21.8.2002 (BGBl. I 3322). Dessen Art. 73 Abs. 1 veranlasste die aktuell gültige Neubekanntmachung des VwVfG vom 23.1.2003 (BGBl. I 102). Näher dazu Schmitz/Schlatmann NVwZ 2002, 1281.

35 Durch Art. 20 des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 18.7.2016 (BGBl. I 1679).

## Vorbemerkung

---

ist noch immer Gegenstand lebhafter Erörterungen.<sup>36</sup> Rechtstechnisch anspruchsvoll war auch die 2009 erfolgte Formulierung der ebenfalls aufgrund von EU-Vorgaben notwendig gewordenen §§ 8a–8e über die „**Europäische Verwaltungszusammenarbeit**“.<sup>37</sup>

- 7 Nach mehreren kleineren Änderungen einzelner Vorschriften waren die Neufassung des § 27a und die Einfügung der §§ 27b, 27c und 102a, durch die ehemals befristeten Regelungen des während der COVID-19-Pandemie erlassenen PlanSiG<sup>38</sup> über **digitale Instrumente iRd Öffentlichkeitsbeteiligung** und der Auslegung von Dokumenten mWz 1.1.2024 ins Dauerrecht überführt worden sind,<sup>39</sup> die letzten größeren Veränderungen im Paragrafenkorpus des VwVfG, bevor mWz 1.1.2025 die praxisrelevante 3-Tages-Frist in § 41 Abs. 2 ebenso wie diejenige in § 15 S. 2 auf vier Tage verlängert wurde, um den veränderten Postlaufzeiten in § 18 PostG Rechnung zu tragen.<sup>40</sup>
- 8 Eine ernsthafte **Novellierungsarbeit** am VwVfG wird sich in den nächsten Jahren vor allem zwei Herausforderungen stellen müssen:
  - zum einen den immer stärkeren Forderungen nach umfassender **elektronischer Abwicklung von Verwaltungsverfahren**.<sup>41</sup> Allerdings ist der Bundesgesetzgeber – strukturell ähnlich wie zuvor schon bei der Infrastrukturbeschleunigungsgesetzgebung – außerhalb des VwVfG gewissermaßen vorausgegangen und hat 2013 mit dem **EGovG** eine gänzlich neue Stammnorm erlassen<sup>42</sup> und könnte insoweit möglicherweise zur weiteren **Rechtszersplitterung** auf dem Gebiet des Allgemeinen Verwaltungsrechts beitragen;
  - zum anderen den Forderungen nach Beseitigung der zahlreichen Geburtsfehler des VwVfG, der Auslassungen, Fehler und Mängel, etwa durch erstmalige Aufnahme eines allgemeinen **Genehmigungsrechts** und einer bürgerfreundlichen Grundnorm zur **Konzentrationswirkung**. Hierzu liegen auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen bereits seit längerem rechtswissenschaftlich erarbeitete und rechtsförmlich ausformulierte **Novellierungsvorschläge** vor.<sup>43</sup>

## B. Anwendungsbereich

### I. Bundes- und Landesverwaltung

- 9 In rechtspolitischer Hinsicht ging es Bundesregierung und Bundestag bei der Schaffung des VwVfG nicht nur darum, einheitliche verwaltungsverfahrenrechtliche Grundsätze für das Handeln der Bundesverwaltung (Art. 86 ff. GG) in Gesetzesform zu gießen, sondern vor allem auch darum, diese bundesweit gleichförmig zu regeln. Das Gesetz sollte daher von Beginn an auch den Vollzug von Bundesrecht im Wege der **Bundesauftragsverwaltung** nach Art. 85 GG (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 2) bzw. auf bestimmten Feldern der Bundesgesetzgebungskompetenz die Landesverwaltung **als eigene Angelegenheit** nach Art. 83 f. GG (vgl. § 1 Abs. 2) erfassen.<sup>44</sup>
- 10 Den Erfolg dieses Unterfangens mag man differenziert beurteilen. Landeseigene Verwaltung auch von Bundesrecht ist – wegen der nach der Kompromissformel (→ Rn. 4) des § 1 Abs. 3 vorrangigen Landesgesetze – dem Anwendungsbereich des VwVfG weitgehend entzogen. Die hierin zum Ausdruck kommende Trennlinie zwischen der landesrechtlichen Gesetzgebungskompetenz zur Regelung des allgemeinen<sup>45</sup> Verwaltungsverfahrens bei ihren eigenen Behörden und der **Annexkompetenz des Bun-**

---

36 Zum Spektrum der Diskussion vgl. etwa Prell NVwZ 2018, 1255; Schliesky NVwZ 2029, 693; Caliscan DÖV 2020, 1032; Burchardt DÖV 2023, 935.

37 Durch Art. 4a des Gesetzes zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Gewererecht und in weiteren Rechtsvorschriften vom 17.7.2009 (BGBl. I 2091). Dazu Schmitz/Prell NVwZ 2009, 1121.

38 Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) vom 20.5.2020 (BGBl. I 1041).

39 Durch das 5. VwVfÄndG vom 4.12.2023 (BGBl. I Nr. 344).

40 Durch Art. 2 des Postrechtsmodernisierungsgesetzes vom 15.7.2024 (BGBl. I Nr. 236).

41 Diesem programmatischen Anliegen hat sich der BHRSS-Kommentar zum VwVfG ausdr. verschrieben, vgl. BHRSS/Heckmann Einl. Rn. 1ff.

42 E-Government-Gesetz, Art. 1 des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften (BGBl. 2013 I 2749).

43 Burgi/Durner, Modernisierung des Verwaltungsverfahrensrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, passim.

44 Vgl. BMI, Musterentwurf, S. 59; Baumann DÖV 1976, 475.

45 Dazu am Bsp. der Widerrufsfrist nach allg. Verwaltungsverfahrensrechts der Länder und vorangehender spezieller Fristregelungen des Bundeswaffenrechts BVerwG 26.3.1996 – 1 C 12/95, BVerwGE 101, 24 (34).

des zu den jeweiligen materiellen Sachkompetenzen der Art. 70 ff. GG<sup>46</sup> dürfte durch die Föderalismusreform I von 2006 weiter zugunsten der Länder verschoben worden sein.

## II. Die drei Säulen des Verfahrensrechts

Wie in § 2 – der berühmt-berüchtigten „Verlustliste der Rechtseinheit“<sup>47</sup> – niedergelegt, gilt das VwVfG 11 trotz des zugrundeliegenden Vereinheitlichungsanspruchs auch auf Bundesebene keineswegs universell. Als Sachbereich vom Geltungsbereich des VwVfG ausgenommen sind namentlich das Steuerverwaltungsrecht (§ 2 Abs. 2 Nr. 1) und die Verfahren nach dem SGB (§ 2 Abs. 2 Nr. 4). Die AO sollte als Gesamtregelung der allgemeinen Fragen des Abgabenrechts ein selbstständiges Mantelgesetz in der Tradition der RAO bilden, das SGB X war als wesentlicher Bestandteil des SGB konzipiert, wobei einzelne Regelungen schon im SGB I erfasst waren und dort auch verblieben.<sup>48</sup> Zusammen mit dem VwVfG formen AO und SGB X die drei Säulen der leistenden bzw. eingreifenden Staatstätigkeit.<sup>49</sup>

Nach verbreiteter Auffassung war eine Harmonisierung der Verwaltungsverfahren aller „Säulen“ nicht 12 ohne Verlustpunkte iRd materiellen Gerechtigkeit durchführbar und ist daher auch nicht vorgenommen worden. Der sozial schwächere Bürger bedarf eines speziellen Schutzes, insbes. im Vertrauen auf die ihm gewährten Sozialleistungen, wohingegen die Steuererhebung in erheblichem Maße auf die Mitwirkung des Steuerpflichtigen ebenso wie auf flexible Aufhebungsmöglichkeiten beim Auftreten neuer Tatsachen angewiesen ist. Nicht immer wurden Novellierungen der drei Säulen einheitlich durchgeführt.<sup>50</sup> Auf die Besonderheiten von AO und SGB X wird in den Kommentierungen zu den Einzelvorschriften jeweils einzugehen sein.

## III. Weitere Ausnahmen

Ebenfalls nicht vom Anwendungsbereich des VwVfG umfasst sind die in § 2 Abs. 3 genannten behördlichen bzw. staatlichen Tätigkeiten sowie gem. § 2 Abs. 1 die **Tätigkeit der Kirchen**, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften. Für die besonderen Verfahren (§ 63), also insbes. das förmliche Verfahren und das Planfeststellungsverfahren, sind besondere Anwendungsregeln zu beachten. Ferner legt § 9 fest, dass zahlreiche Vorschriften des Gesetzes nur für **Verwaltungsverfahren** gelten, die der Legaldefinition des § 9 entsprechen. Daraus zu schließen, dass alle Streitfragen iRd § 1 auf sich beruhen könnten, soweit sie nicht die Begriffsmerkmale des Verwaltungsakts bzw. des öffentlich-rechtlichen Vertrags betreffen,<sup>51</sup> führt allerdings zu unterkomplexen Lösungen (→ § 9 Rn. 4, 10 ff.). Hinzu treten noch zahlreiche **fachrechtliche Verwaltungsverfahrensvorschriften** im Besonderen (Bundes)Verwaltungsrecht (→ § 1 Rn. 66 ff.), was, überspitzt formuliert, dazu führt, dass die Ermittlung, für welche Tätigkeiten das VwVfG zu welchen Teilen anwendbar ist, den Rechtsanwender zuweilen unverhofft ans juristische Hochreck führt.<sup>52</sup> Beispiel: Verfassungsschutz und Nachrichtendienste sind Administrativbehörden, sie gehören also nicht zu der dem VwVfG grds. nicht unterfallenden (weil genuin verfassungsrechtlich determinierten)<sup>53</sup> Gubernative; ihre Tätigkeit ist nicht nach § 2 ausgenommen, doch werden ihre Aufgaben idR nicht im Wege eines Verwaltungsverfahrens iSd § 9 wahrgenommen.<sup>54</sup>

Mit dem **EGovG** von 2013<sup>55</sup>, das für Bundes- und Landesbehörden beim Vollzug von Bundesrecht (§ 1 Abs. 2) gilt, setzt sich gesetzgebungspraktisch, unabhängig von jeder inhaltlichen Bewertung dieses Gesetzes, die Rechtszersplitterung auf dem Gebiet des Verwaltungsverfahrensrechts fort, wird doch ausschließlich für die elektronischen Aspekte des Verwaltungshandelns eine neue Stammnorm erlassen (→ § 3a Rn. 17 ff.). So mag uU der Eindruck entstehen, das VwVfG bleibe das Stammgesetz für die „herkömmliche“ Verwaltungstätigkeit, während das EGovG die Grundsatznorm für die Kommunikation in

46 Vgl. dazu BVerfG 16.6.1954 – 1 PBvV 2/52, BVerfGE 3, 407 (421) – Übergreifen muss unerlässliche Voraussetzung sein; 29.4.1958 – 2 BvO 3/56, BVerfGE 8, 143 (149); Neuser, Die Gesetzgebungskompetenz für das Verwaltungsverfahren, 1974; Ule DVBl 1957, 597.

47 Zu dieser Wendung BMI, Musterentwurf, S. 67.

48 Ausf. Klappstein, Rechtseinheit und Rechtsvielfalt im Verwaltungsrecht, 1994, 53 ff.

49 Zum Gesetzgebungsverfahren für die AO und das SGB X und zu den seinerzeitigen Motiven s. Klappstein/von Unruh, Rechtsstaatliche Verwaltung durch Gesetzgebung, 1987, 43 ff.

50 Vgl. die Bsp. bei SBS/Sachs Einl. Rn. 56 ff.

51 Obermayer/Funke-Kaiser § 1 Rn. 5.

52 Dazu etwa Knack/Henneke/Ritgen Vorb. § 9 Rn. 2 f.

53 HKVerwR/Kastner § 1 Rn. 41.

54 SBS/Schmitz § 1 Rn. 191 mN.

55 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (EGovG) vom 25.7.1013 (BGBl. I 2749).

## Vorbemerkung

und mit der Verwaltung in der Zukunft werde. Aufgrund des anders gefassten Anwendungsbereichs des § 1 EGovG werden Rechtsänderungen in Zukunft leichter erfolgen können als beim VwVfG mit seiner schwerfälligen „Simultangesetzgebung“ über § 1 Abs. 3. Bezeichnend ist auch, dass durch Art. 2 des zugehörigen Artikelgesetzes zudem eine Änderung des § 3a erfolgte, obwohl als gewissermaßen eigentliches Novellierungsgesetz zum VwVfG erst zwei Monate zuvor das „**Planungsvereinheitlichungsgesetz**“ (→ Rn. 5) erlassen worden war. Nach der mit dem EGovG möglicherweise beabsichtigten „neuen“ Systematik gehört der § 3a aber wohl in Zukunft in das EGovG.

- 15 All dieses rechtstechnisch „hochgezüchtete“ Spezialistentum<sup>56</sup> mag Nischenrechtsgebieten gut anstehen, nicht aber einer auf Vereinheitlichung und Klarheit angelegten Grundsatzregelung wie dem VwVfG. All dies ist, unabhängig von dem materiell-inhaltlichen Reformbedarf des VwVfG. (→ Rn. 8), was Übersichtlichkeit, Rechtsformlichkeit und Anwenderfreundlichkeit des Gesetzes angeht, **eher sub-optimal**. Insofern dürfte in Bezug auf den Anwendungsbereich noch heute der schonungslose Befund Schmitt Glaesers aus dem Jahre 1977 zum gesamten Verwaltungsverfahrensgesetz gelten: „In weiten Passagen erscheint das Gesetz als ein Werk der Ungereimtheiten, ein Katalog der Versäumnisse und der verpaßten Chancen, ein Programm der falschen Weichenstellungen. Das mutige Wagnis einer teilweisen Kodifizierung des allgemeinen Verwaltungsrechts, das viele Hoffnungen erweckt, läßt wenig hoffen. Das Verwaltungsverfahrensgesetz ist kein „großer Wurf“, es ist nicht einmal ein guter Anfang.“<sup>57</sup>

## IV. Perspektiven – Fortschreibung der Verlustliste?

- 16 **Dekodifikationstendenzen** zeigen sich aber auch auf anderen Ebenen: So wurde, angestoßen durch das Bundesgesetzministerium, bereits mehrfach der Versuch unternommen, mit der Vorlage eines „**Umweltgesetzbuchs**“ eine inhaltliche verwaltungsverfahrenrechtliche Vollregelung für das Handeln der Umweltbehörden zu erreichen. Wäre das Vorhaben nicht gescheitert,<sup>58</sup> so wäre auch für diesen wichtigen und großen Rechtsbereich des Besonderen Verwaltungsrechts die Geltung des VwVfG des Bundes und des jeweiligen Landes, über die jetzige Vorrangigkeit etwa des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsrechts des § 10 BImSchG iVm der 9. BImSchV hinaus, mehr oder weniger ausgeschlossen.<sup>59</sup> In die gleiche Richtung mit gleichen Wirkungen zielen auch Absichtsbekundungen bzw. Pläne, ein allgemeines **Regulierungsrecht** zu schaffen.<sup>60</sup>
- 17 Was von diesen bereits eingetretenen bzw. immer wieder drohenden – weiteren – Zersplitterungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrenrechts auf Bundesebene zu halten ist, scheint rechtspolitisch durchaus umstritten. Zum Teil übergeht man den Sachverhalt stillschweigend bzw. wortreich, während andere die Verfehlung des Gesichtspunkts der „Rechtseinheit als Anwendungsmaxime“ kritisieren: „Daher sind Bestrebungen zur Teilbereichsintegration, bspw. im Umweltrecht, eher kritisch zu bewerten, da sie die Gefahr dauerhafter Parallelstrukturen erhöhen und die integrative Wirkung des allg. Verwaltungsverfahrenrechts ebenso schwächen wie die Parallelverfahrensordnungen der AO und des SGB X.“<sup>61</sup> Die Besonderheiten der Rechtsgebiete sind nicht so gewichtig, dass sie nicht auch in einer einzigen Verfahrensordnung berücksichtigt werden könnten. Freilich dürfen sich die getreuen Verfechter einer Kodifikation des Verwaltungsverfahrenrechts, die nach fast 50 Jahren Geltung nicht einmal das einfache Genehmigungsverfahren oder ein Grundmodell der Konzentrationswirkung kennt,<sup>62</sup> nicht darüber beklagen, dass außerhalb seiner durchaus überschaubaren Fachkreise der Anspruch auf Vereinheitlichung, Bereinigung, Systembildung, Prägung usw nicht so recht ernst genommen wird und bei den hochgradig spezialisierten Praktikern ständig offene oder verdeckte Bestrebungen nach bereichsspezifischem Verfahrensrecht wirken. Es offenbart sich insoweit, wie in der Lit. bildmächtig ausgeführt wird, der „Eindruck gepflegter Beschaulichkeit und Selbstgenügsamkeit“, bei dem die „herbstlichen Grautöne des in die Jahre gekommenen VwVfG“ dominieren.<sup>63</sup>

56 Anschaulich die verästelten Darlegungen bei Giegerich DÖV 1989, 379.

57 Schmitt Glaeser FS Boorberg Verlag, 1977, 1 (45). Auch ebd., S. 22 zu den Kompetenzregeln des § 1: „Irrgarten ohne Ausweg“. Deutlich positivere Bewertung seinerzeit etwa bei Götz NJW 1976, 1425.

58 Vgl. den Überblick bei KHR HdB UmweltR/Ramsauer, 6. Aufl. 2024, § 3 Rn. 18; Scheidler UPR 2009, 173.

59 S. dazu statt vieler nur Burgi/Schönenbroicher Zukunft VerwVerfR/Schönenbroicher S. 82 (97 ff.).

60 Vgl. Masing, Gutachten D für den 66. DJT, S. 1 ff.; weitere Bsp. bei Burgi/Durner, Modernisierung des Verwaltungsverfahrenrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, 21.

61 So Knack/Henneke/Schliesky § 1 Rn. 52.

62 Dazu etwa Burgi/Durner, Modernisierung des Verwaltungsverfahrenrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, 49 ff., 75 ff.

63 Burgi/Schönenbroicher Zukunft VerwVerfR/Burgi S. 31.

## C. Verfassungsgebundenheit und Funktionen des Verwaltungsverfahrenrechts

Der in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts – anfangs äußerst verhalten, dann immer stärker – herausgearbeitete **Grundrechtsbezug** des **Verwaltungsverfahrens** gehört inzwischen zu den Anwendungsgrundlagen des VwVfG. Nach der Rspr. des BVerfG und des BVerwG besitzt das Verwaltungsverfahren in der Weise Grundrechtsrelevanz, dass die von der Behörde getroffene Entscheidung nicht nur materiellrechtlich mit den Grundrechten der Betroffenen in Einklang stehen muss, sondern auch das Verfahren Grundrechte beeinträchtigen kann.<sup>64</sup> Die Grundrechte erfordern eine den Grundrechtsschutz effektuierende Organisations- und Verfahrensgestaltung (**Grundrechtsschutz durch Verfahren**) und die grundrechtsfreundliche Auslegung und Anwendung der jeweils einschlägigen Verfahrensvorschrift in dem konkreten Verwaltungsverfahren (**Grundrechtsschutz im Verfahren**) (→ § 9 Rn. 7).<sup>65</sup> Die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensrechts sind somit stets **im Lichte der** jeweils in Frage stehenden **Grundrechtsverbürgungen** auszulegen und anzuwenden. Diese ursprünglich am Beispiel des atomrechtlichen Massenverfahrens entstandene<sup>66</sup> Rspr. ist mittlerweile nicht nur auf das Feld der berufsbezogenen staatlichen Prüfungen erstreckt worden<sup>67</sup> (→ § 10 Rn. 7; → § 40 Rn. 104), sondern entfaltet auch etwa bei der Verfahrensgestaltung der Enteignung, bei der Präklusion iRd Planfeststellung bzw. bei den Rechtsregeln über die Zustellung von Planfeststellungsbeschlüssen usw. Wirkung.<sup>68</sup> Das Verwaltungsverfahrenrecht ist deshalb, wie vielleicht gerne etwas plakativ, im Kern aber richtig herausgestellt wird, **konkretisiertes Verfassungsrecht**.

Von besonderer Bedeutung sind zudem **verfassungsrechtliche Prinzipien und Grundsätze** wie der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, der Fairness und des effektiven Rechtsschutzes, der Gleichbehandlung, der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes (→ § 10 Rn. 7).<sup>69</sup> Nahezu jedes dieser Prinzipien und Grundsätze kann von ausgestaltenden und beschränkenden Verfahren betroffen sein.<sup>70</sup> Das wird leicht verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass insbes. die Tatsachenermittlung – und damit die Schaffung einer tragfähigen Entscheidungsgrundlage – in Ergebnis und Ausgestaltung unmittelbares Produkt des rechtsstaatlichen Verfahrensrechts ist.<sup>71</sup> Was der Behörde nicht zur Kenntnis gelangt, weil sie den zugehörigen Verfahrensvorgang (Anhörung, Ausschreibung, etc) unterlässt, kann sie bei der Bescheidung auch nicht zugrunde legen. Neben den Grundrechten findet sich auch eine schwache völkerrechtliche Überlagerung, insbes. durch die EMRK (→ Rn. 47 ff.).

In einem gewissen Kontrast zu dieser individualschützenden, grundrechtsbezogenen Seite des Verfahrens steht die nach wie vor hM mit ihrem „Dogma“, dass das Verwaltungsverfahren „(jedenfalls auch)“<sup>72</sup> eine „**dienende**“ **Funktion** gegenüber dem materiellen Recht habe.<sup>73</sup> Traditionell werden die Funktionen des Verwaltungsverfahrens von der staatlichen, der behördlich-objektiven Seite der Aufgabenerfüllung her gedacht.<sup>74</sup> Zentrale Gesichtspunkte der Funktionen (bzw. der Funktionalität) des **Verwaltungsverfahrens** sind danach: Die Verwirklichung des Prinzips der **Gesetzmäßigkeit** der Verwaltung und die Funktion als **Richtigkeitsgarant** in Bezug auf das **materielle** Ergebnis des Verfahrens<sup>75</sup> sowie

64 Vgl. grundlegend BVerfG 20.12.1979 – 1 BvR 385/77, BVerfGE 53, 30 (65); ebenso BVerfG 14.5.1985 – 1 BvR 233/81, BVerfGE 69, 315 (355); 23.3.2011 – 2 BvR 882/09, BVerfGE 128, 282 (311); 20.9.2016 – 2 BvE 5/15, BVerfGE 143, 1 (19 Rn. 57); 19.12.2017 – 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14, BVerfGE 147, 253 (309 Rn. 114); 19.9.2018 – 2 BvF 1/15, 2 BvF 2/15, BVerfGE 150, 1 (107 f. Rn. 221 f.).

65 SBS/Schmitz § 1 Rn. 45.

66 BVerfG 20.12.1979 – 1 BvR 385/77, BVerfGE 53, 30 (65).

67 Ausf. Nachweise bei Sachs/Mann GG Art. 12 Rn. 25–32.

68 Vgl. nur BVerwG 27.5.1983 – 4 C 40/81, BVerwGE 67, 206 (209); BVerwG 5.12.1986 – 4 C 13/85, BVerwGE 75, 214 (230); Goerlich, Grundrechte als Verfahrensgarantien, 1981, passim; Kahl VerwArch 95 (2004) 1; nach Art der Verwaltungsaufgaben differenzierend Kahl/Ludwigs VerwaltungsR-HdB/Grimm § 68 Rn. 44 ff.

69 So auch Kopp/Ramsauer Einf. I Rn. 20 f.

70 Hufen/Siegel Fehler VerwVerfahren Rn. 59; krit. zu diesem Ansatz indes bereits Laubinger VerwArch 73 (1982) 60.

71 Näher Mann VVDStRL 72 (2012), 544 (559 ff.).

72 So Burgi/Durner, Modernisierung des Verwaltungsverfahrenrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, 25.

73 Vgl. etwa BVerfG 20.2.2002 – 1 BvL 19/98, BVerfGE 105, 48 (60): Mit der dienenden Funktion des Verfahrensrechts lasse sich jedenfalls nicht begründen, dass eine Vorschrift eine eingeschränkte Anwendung bei der Durchsetzung materiellen Rechts erfährt, das sich Rückwirkung beilegt. Ausf. zur sog. dienenden Funktion des Verfahrens Quabeck, Dienende Funktion des Verwaltungsverfahrens und Prozeduralisierung, 2010.

74 Wobei dies häufig nicht kenntlich gemacht wird, mitunter wird auch ein Widerspruch zwischen den staatlichen Interessen und der Bürgersichtweise abgestritten, die Notwendigkeit eines „Ausgleichs“ beschworen etc.

75 Vgl. für diese Sichtweise etwa SBS/Schmitz § 1 Rn. 7. Zu den Verfahrensfunktionen allg. etwa Kopp/Ramsauer Einf. I Rn. 43a.

das Verwaltungsverfahren als „Verwirklichungsmodus des materiellen Rechts“.<sup>76</sup> Demgegenüber geraten individualbezogene Funktionsbeschreibungen des Verfahrens wie **Akzeptanz, Transparenz, Partizipation** und **Integration**,<sup>77</sup> in Reden und Publikationen wohlfeil beschworen, leicht ins Hintertreffen. Es bedarf kaum einer Hervorhebung, dass zB die Möglichkeit der sanktionslosen Verletzung der Anhörungspflicht (§ 28) kaum mit den gerade genannten Verfahrensfunktionen und -prinzipien in Einklang gebracht werden kann, bei Lichte betrachtet nicht einmal mit dem Aspekt der Würde des Betroffenen, mit seiner Subjektstellung im Verfahren (→ § 40 Rn. 264). Ergebnis dieser **am staatlichen Interesse am Erhalt von Entscheidungen ausgerichteten Grundtendenz des Verwaltungsverfahrensrechts** sind etwa die – sicherlich problematischen, auch von Bund und Ländern zT unterschiedlich ausgestalteten – Heilungsvorschriften der §§ 45, 46 (→ § 46 Rn. 6). Bezeichnenderweise ist von einem leitenden Beamten, der sich jahrzehntelang um das Allgemeine Verwaltungsrecht und das Verwaltungsverfahrenrecht verdient gemacht hat, vor einigen Jahren die traurig stimmende Einschätzung dargelegt worden, die Verfahrensregeln seien zu sehr auf das Verwaltungsinteresse zugeschnitten, die Möglichkeiten für Einwirkungen des Bürgers blieben begrenzt, mit einer durch Rechtsabhängigkeit geprägten Verwaltung sei ein Rechtsgespräch nicht vorgesehen (→ § 40 Rn. 264).<sup>78</sup>

- 21 Bedeutsamer Teil der dienenden Funktion ist insbes. die **Effizienz**, die in § 10 S. 2 ihren gesetzlichen Niederschlag gefunden hat: Verfahren sollen die gewünschte materielle Rechtsverwirklichung möglichst rasch herbeiführen (→ § 10 Rn. 16 ff.). Dafür werden durchaus Abstriche in Kauf genommen, und zwar nicht nur im allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht, sondern besonders augenfällig auch im Steuerverwaltungsrecht, wo die den Bürger treffenden elektronischen Mitteilungs- und Mitwirkungspflichten mit Compliance-Kriterien gekoppelt werden, die determinieren, wann nur eine algorithmische und in welchen Fällen eine nähere (menschliche) Prüfung der elektronischen Erklärungen stattfindet. Hier mutiert die Typisierung im Interesse der Beschleunigung zum Regelinstrument, die subjektorientierte Befassung mit dem individuellen Fall hingegen zur Ausnahme. IERG darf sich der Einzelne mithin nicht zu Unrecht als zuweilen „vor den Karren der Effizienz gespannt“ empfinden.<sup>79</sup> Ob das im Einzelfall noch verhältnismäßig ist, dürfte nach deutschem Verständnis wiederum insbes. nach materiellrechtlichen, nicht subjektorientierten Kriterien zu entscheiden sein.<sup>80</sup>
- 22 Wie sich das Verhältnis dieser unterschiedlichen Leitprinzipien und Sichtweisen weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten.<sup>81</sup> Das **EU-Recht** scheint jedenfalls keinen so starken Wert auf die angeblich „dienende“ Funktion des Verfahrensrechts zu legen, wie es das deutsche Verwaltungsrecht macht (→ Rn. 41; § 10 Rn. 8, 24).<sup>82</sup> Das hat uns nicht zuletzt die Entscheidung des EuGH vom Oktober 2015 zur deutlichen Einschränkung der Präklusion bei der Planfeststellung vor Augen geführt.<sup>83</sup>

## D. Unionsrechtliche Einflüsse und Eigenverwaltungsrecht der Europäischen Union

### I. Grundsätzliches zur Anwendung

- 23 Das europäische Recht reicht mit seinem Einfluss in verschiedenste Rechtsgebiete hinein und so darf auch sein Einfluss auf die Anwendung des VwVfG nicht unterschätzt werden. Für das Verständnis und die Anwendung europäischen Rechts ist vor allem bedeutsam, wie es mit dem deutschen Recht interagiert und in welchen Aspekten es von der nationalen Dogmatik abweicht. Insoweit ist von Belang, dass der EuGH sowie die europäische Normsetzung **stark vom französischen Recht geprägt** sind, sodass sich eigene, aus deutscher Sicht nicht immer selbstverständliche dogmatische Grundlagen gebildet haben, die in diesem Abschnitt konzise vorgestellt werden sollen.

76 Wahl VVDStRL 41 (1983) 151 (153).

77 Vgl. Kopp/Ramsauer Einf. I Rn. 44; Mann VVDStRL 72 (2012), 544 (569 f.).

78 Klappstein, Das Recht auf eine gute Verwaltung, 2006, 21.

79 Dazu Mann DStR 2009, 506 (506 f.).

80 Obermayer/Funke-Kaiser/Witinger Einl. Rn. 57 ff.

81 Novellierungsvorschläge hinsichtlich der Zweckbestimmung des Verwaltungsverfahrens und der Heilungsvorschriften bei Burgi/Durner, Modernisierung des Verwaltungsverfahrensrechts durch Stärkung des VwVfG, 2012, 29 ff.

82 Vgl. etwa Grünewald, Die Betonung des Verfahrensgedankens im deutschen Verwaltungsrecht durch das Gemeinschaftsrecht, 2010, passim; Schmidt-Preuß NVwZ 2005, 489 (492); Stelkens DVBl 2010, 1078 (1083).

83 EuGH 15.10.2015 – C-137/14, NJW 2015, 3495.

Um der Verwirklichung des Unionsrechts Vorschub zu leisten, sind nationale Normen stets im Lichte des Unionsrechts („**unionsrechtsfreundlich**“) auszulegen.<sup>84</sup> Dabei ist der nationale Rechtsanwender allerdings weiterhin an die in seiner jeweiligen Rechtsordnung geltenden Auslegungsmethoden gebunden.<sup>85</sup> So darf die „unionsrechtsfreundliche“ Auslegung in Deutschland bspw. nicht zu einem Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Normenklarheit führen.<sup>86</sup> Widersprüche zwischen EU-Recht und dem nationalen Recht werden dadurch aufgelöst, dass den unionsrechtlichen Vorschriften ein **Anwendungsvorrang** zukommt, dh die nationale Norm ist nicht anzuwenden, soweit sie den europäischen Vorgaben widerspricht.<sup>87</sup> Das kann freilich nur dort geschehen, wo unionsrechtliche Vorschriften überhaupt Anwendung finden, anderenfalls ist die nationale Vorschrift weiterhin zu berücksichtigen. Damit eine Maßnahme dem Anwendungsbereich eines europäischen Primär- oder Sekundärrechtsakts „unterfällt“, muss sie zu diesem in einem „**hinreichenden Zusammenhang von einem gewissen Grad**“ stehen.<sup>88</sup> Dieser Grad ist insbes. dort nicht erreicht, wo die EU von bestehenden Regelungskompetenzen keinen Gebrauch gemacht hat oder wo nationales Recht die intendierten Gestaltungsspielräume eines Rechtsakts ausschließlich zur Verbesserung der vorgeschriebenen Mindeststandards nutzt. Im Übrigen kann jede nationale Norm durch europäische Rechtsakte überformt werden.<sup>89</sup> Mit der Rspr. des BVerfG wird dies nur dort anders zu werten sein, wo der erlassene Rechtsakt in willkürlicher Weise über den in Art. 2 ff. AEUV gesetzten kompetenzrechtlichen Rahmen hinaustritt.<sup>90</sup> Die Frage der Beurteilungshoheit darüber, wann dies der Fall ist, ist ein Grundkonflikt der europäischen Einigung, der an dieser Stelle nicht eingehender vertieft werden muss. Jedenfalls sollten die Rechtsanwender alle anderen Möglichkeiten der Auslegung gründlich ausloten, bevor sie zu einem solchen Willkürlichkeitsverdikt kommen.

Ebenfalls durch das **Harmonisierungsinteresse** begründet, aber nicht identisch mit dem Anwendungsvorrang, ist der Grundsatz, dass den unionsrechtlichen Vorschriften ein besonderes Vollzugsinteresse zukommt. Dies ergibt sich aus dem in Art. 4 Abs. 3 EUV geregelten **Effektivitätsgebot**: Maßnahmen, die die Tragweite und Wirksamkeit des Unionsrechts übermäßig erschweren, sind durch die Mitgliedstaaten zu unterlassen.<sup>91</sup> Verstößt also eine mitgliedstaatliche Maßnahme gegen europäisches Recht, so kommt der Beseitigung der mit ihr verbundenen Folgen hohes öffentliches Interesse zu.<sup>92</sup> Dabei gerät zuweilen auch schutzwürdiges Vertrauen des Einzelnen ins Hintertreffen. Das Prinzip gilt nicht unbegrenzt. Insbes. die in der GRCh festgelegten Grundrechte als auch die allgemeinen Rechtsgrundsätze des Unionsrechts – insbes. die anerkannten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit<sup>93</sup> – beschränken eine uferlose Anwendung.<sup>94</sup>

Trotz des Effektivitätsgebots verbleibt ein nicht zu leugnendes **Vollzugsdefizit der** in Bezug auf europäisches Recht nicht immer allzu aufmerksamen **behördlichen Praxis**. Diesem Umstand soll nach unionsrechtlicher Konzeption ua der interessierte Bürger abhelfen.<sup>95</sup> Aus diesem Grunde pocht insbes. der EuGH immer wieder nachdrücklich auf einen möglichst weiten Zugang zu Gerichten, der dem deutschen Gesetzgeber – gerade mit Blick auf das Konzept des „dienenden“ Verwaltungsrechts – teils erkennbar widerstrebt. Das unterschiedliche Verständnis der Rolle des Bürgers zeigte sich nicht nur in der rechtsförmlich mangelhaften Umsetzung von Richtlinien im Wege von **Verwaltungsvor-**

84 Statt vieler EuGH 13.7.2016 – C-187/15, NVwZ 2016, 1465, Rn. 43 ff.

85 EuGH 19.4.2016 – C-441/14, NZA 2016, 537, Rn. 32; ergebnisgleich für deutsches Recht bereits BVerfG (K) NJW 2012, 669 Rn. 47 ff.

86 SBS/Stelkens EuR Rn. 53.

87 Kahl/Ludwigs VerwaltungsR-HdB/Kahl § 37 Rn. 50 f.

88 Für den Anwendungsbereich der GRCh statt vieler EuGH 24.10.2019 – C-469/18, C-470/18 Rn. 17 ff.

89 SBS/Stelkens EuR Rn. 50a, 51 mit umfassenden Nachweisen in Fn. 254; Kahl/Ludwigs VerwaltungsR-HdB/Kahl § 37 Rn. 28 f.

90 BVerfG 5.5.2020 – 2 BvR 859/15 ua, NJW 2020, 1647 = BVerfGE 154, 17 (PSPP).

91 Calliess/Ruffert/Kahl EUV Art. 4 Rn. 128. Der Gedanke findet sich bereits vor Inkrafttreten des insoweit expliziten Art. 4 Abs. 3 EUV, so zB in einem Urt. des EuGH vom 29.6.1988, BeckRS 2004, 72565 Rn. 13: Hier hatte der französische Staat KfZ-Steuer erhoben, deren Unionsrechtswidrigkeit durch den EuGH festgestellt worden war. In unmittelbarer Reaktion auf das Urteil erließ der französische Gesetzgeber eine Norm, die die Rückforderung der zu Unrecht erhobenen Abgaben auf einen Zeitraum beschränkte, der zum Teil noch vor Erlass des Urteils endete.

92 Vgl. nur EuGH 21.9.1983 – Rs 205–215/82 (Deutsches Milchkontor), NJW 1984, 2024.

93 Überblick bei SBS/Stelkens EuR Rn. 91 mwN.

94 Ausdr. vom EuGH festgestellt in EuGH 21.9.1983 – Rs 205–215/82, NJW 1984, 2024 Rn. 30, 33. S. auch EuGH 12.5.1998 – C-366/95, EuZW 1998, 499 (500). Näheres zu den Beschränkungen bei Calliess/Ruffert/Kahl EUV Art. 4 Rn. 140.

95 SBS/Stelkens EuR Rn. 223 mwN.

## Vorbemerkung

**schriften** ohne verbindliche Außenwirkung<sup>96</sup> oder in der europarechtlich forcierten Verrechtlichung der deutschen Verdingungsordnungen hin zu einem rechtsschutzgewährenden **Kartellvergaberecht** (→ Rn. 41),<sup>97</sup> sondern auch in den vielfältigen Konflikten in und um das **UmweltRG**, das durch den deutschen Gesetzgeber mit mehreren Vorschriften zur materiellen Präklusion und einer Beweislastumkehr zulasten des Klagenden versehen wurde.<sup>98</sup> Diese Maßnahmen wurden durch den EuGH postwendend kassiert,<sup>99</sup> eine Entscheidung, die er auch in jüngerer Rspr. – mit gewissen Justierungen – nochmals bestätigt hat.<sup>100</sup> Keine grundsätzlichen Bedenken äußerte der EuGH allerdings hinsichtlich der **subjektiven Rechtsverletzung** als Voraussetzung nationalen Gerichtszugangs.<sup>101</sup> Dass sich die Frage ihrer Zulässigkeit überhaupt ernstlich stellte, verdeutlicht schon die bestehenden Differenzen.

- 27 Während etwa das europäische Recht ebenfalls die **Gesetzmäßigkeit der Verwaltung** kennt, sind die daraus entspringenden Wirkungen (**Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes**) nach europäischem Verständnis nicht in gleicher Weise wie in Deutschland ausgeprägt.<sup>102</sup> Zwischen Tatbestand und Rechtsfolge wird bspw. keineswegs konsequent unterschieden:<sup>103</sup> Dies entspricht der europäischen Normsetzung, die ebenfalls nicht gleichsam selbstverständlich zwischen Aufgabe und Befugnis trennt.<sup>104</sup> Insbes. die Rahmen-Richtlinien stellen zuvörderst Zielvorgaben dar, schweigen sich hinsichtlich der Wahl der Mittel aber zumeist aus, was aus deutscher Sicht zumindest ungewöhnlich ist.
- 28 Darüber hinaus kennt das Unionsrecht **keine Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht**,<sup>105</sup> sondern unterscheidet vereinzelt allenfalls zwischen „gewerblich“ und „nicht gewerblich“.<sup>106</sup> Daraus folgt, dass eine Zuordnung unionsrechtlicher Regelungen zu einem der beiden Rechtsgebiete erst auf mitgliedstaatlicher Ebene erfolgen kann und auch dort nur mit Rücksicht auf den – nach europäischem Verständnis nicht gleichermaßen strikt wortlautgebundenen – Normzweck zu verstehen ist. Aus diesem Umstand folgt bspw., dass infolge einer Privatisierung ein nicht gewerblich tätiges Unternehmen weiterhin denselben Bindungen unterliegen kann wie die Bundesrepublik selbst.
- 29 Immer zu beachten ist außerdem das europäische **Diskriminierungsverbot** (Art. 18 AEUV): Die Anwendung von nationalem Recht muss gegenüber EU-Bürgern dergestalt erfolgen, dass diese nicht gegenüber Einheimischen benachteiligt werden.<sup>107</sup>

## II. Direkter und indirekter Vollzug

- 30 Europäisches Recht wird teilweise durch Organe der EU vollzogen. Dieser sog. **direkte Vollzug** ist keine Sache des deutschen Rechts und somit auch keine des VwVfG. Anders sieht es mit dem sog. **indirekten Vollzug** aus, denn hier vollziehen nationale Behörden europarechtliche Vorschriften. Das kann – muss aber nicht – auch in der Gestalt geschehen, dass ihnen konkrete Aufgaben zugedacht werden, zu deren Erfüllung sie aufgrund unionsrechtlicher Verwaltungsvorschriften verpflichtet sind (so bspw. das innereuropäische Zollrecht der VO (EU) Nr. 952/2013 – Unionszollkodex,<sup>108</sup> das die AO iSd Anwendungsvorrangs überlagert).<sup>109</sup>
- 31 Häufiger indes wird der Fall sein, dass unionsrechtliche Rechtssetzung Einfluss auf nationales Recht ausübt und daher bei dessen Vollzug zu respektieren ist. Die Behörde handelt in solchen Fällen aus nationalen Zuständigkeitsvorschriften heraus, muss bei deren Anwendung aber darauf Wert legen, unionsrechtliche Bestimmungen nicht zu beeinträchtigen (→ Rn. 23 ff.).<sup>110</sup> Erheblich unionsrechtlich

96 EuGH 30.5.1991 – C 59/89, NVwZ 1991, 868; EuGH 30.5.1991 – C 361/88, NVwZ 1991, 866.

97 Vgl. im Überblick nur RSG/Reidt, Vergaberecht, 4. Aufl. 2018, Einl. Rn. 4–14; Pünder/Schellenberg/Fehling, Vergaberecht, 5. Aufl. 2025, GWB § 97 Rn. 5 ff.

98 Ausf. Landmann/Rohmer UmweltR/Dietlein BImSchG § 10 Rn. 175 ff.

99 EuGH 15.10.2015 – C-137/14, EnWZ 2016, 78 (80 f., 82).

100 EuGH 14.1.2021 – C-826/18, ZUR 2021, 229 (233 f.).

101 EuGH 15.10.2015 – C-137/14, EnWZ 2016, 78 (79 f.).

102 Näher Classen EuR-Beih 1/2016, 79 (83 ff.); Hatje/Mankowski EuR 2014, 155 (159 ff.).

103 Hatje FS Scheuing, 2011, 323 (336); Vincze, Unionsrecht und Verwaltungsrecht, 2016, 108.

104 Classen EuR-Beih 1/2016, 79 (85).

105 Schoch/Schneider/Ehlers/Schneider VwGO § 40 Rn. 23 ff.; Neidhardt, Nationale Rechtsinstitute als Bausteine europäischen Verwaltungsrechts, 2008, 15.

106 Insbes. im Vergaberecht, s. Art. 2 Abs. Nr. 1, Nr. 4 RL 2014/24/EU.

107 Ausf. Calliess/Ruffert/Epiney AEUV Art. 18 Rn. 8 ff.

108 Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9.10.2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269, 1, ber. L 287, 90; ABl. 2016 L 267, 2 und 2020 L 317, 39).

109 Ausf. Henke/Huchatz ZfZ 1996, 226 ff.

110 Vgl. statt vieler Knack/Henneke/Henneke/Ruffert Vorb. § 1 Rn. 83; Kopp/Ramsauer/Ramsauer Einf. II Rn. 40.

## Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

### 5. VwVfGÄndG

- Altverfahren *VwVfG* **102a** 5
- Gesetzgebungsverfahren *VwVfG* **102a** 2
- intertemporales Verfahrensrecht  
*VwVfG* **102a** 5

Aarhus-Konvention *VwVfG* **28** 100 ff., **46** 127 ff.

- Abgabenordnung *VwVfG* **2** 15 ff., **45** 10
- Fehlerfolgen *VwVfG* **46** 14

### Abhilfe

- im Widerspruchsverfahren *VwVfG* **50** 11

Abhilfebescheid *VwVfG* **79** 19, 27 ff., 39

### Abhilfeentscheidung

- Kostenfolge *VwVfG* **80** 6, 24 f.

Abholbestätigung *VwZG* **5a** 1, 3 ff.

Abrufbarkeit *VwVfG* **27b** 17

Abschirmungstrias *VwVfG* **46** 3

- Verfahrensfehlerfolgen *VwVfG* **45** 28

### Abschließende Regelung

- Verfahrensfehlerfolgen *VwVfG* **45** 52

### Abschnittsbildung

- Einwendungsbefugnis *VwVfG* **73** 181
- Entscheidungsvorbehalt *VwVfG* **74** 278
- Schutzvorkehrung *VwVfG* **74** 210
- Verkehrsfunktion *VwVfG* **74** 18

### Abschrift

- beglaubigte *VwZG* **2** 6, **8** 6
- einfache *VwZG* **8** 2, 6

Absolutes Verfahrensrecht *VwVfG* **46** 7, 37

Absolute Verfahrensfehler *VwVfG* **46** 7

Absprache *VwVfG* **9** 21

Abstimmungsmehrheit *VwVfG* **91** 4

### Abwägung

- abwägungserheblich *VwVfG* **73** 98
- Existenzgefährdung *VwVfG* **73** 196
- nachvollziehende *VwVfG* **74** 34

Abwägungsdirektive *VwVfG* **45** 51, **74** 24, 59

Abwägungsfehler *VwVfG* **45** 14, **46** 55, 70,  
**74** 53 ff.

- Abwägungsausfall *VwVfG* **74** 55 ff.
- Abwägungsdefizit *VwVfG* **74** 58
- Abwägungsdisproportionalität  
*VwVfG* **74** 60, 131
- Abwägungsfehleinschätzung *VwVfG* **74** 59
- Erheblichkeit *VwVfG* **74** 53
- Plangenehmigung *VwVfG* **74** 474
- Zusammentreffen mit Verfahrensfehlern  
*VwVfG* **46** 67 ff.

Abwägungsgebot *VwVfG* **72** 46, **74** 26 ff.

- abwägungserheblich *VwVfG* **73** 184
- Einwendungsausschluss *VwVfG* **73** 261
- Entscheidungsvorbehalt *VwVfG* **74** 302
- Entstehungsgeschichte *VwVfG* **74** 36 ff.
- Fachgesetze *VwVfG* **74** 43

- gerichtliche Kontrolle *VwVfG* **74** 53
- öffentlich-rechtlicher Vertrag *VwVfG* **72** 207
- Plangenehmigung *VwVfG* **74** 453
- Prioritätsgrundsatz *VwVfG* **72** 112
- Schutzvorkehrung *VwVfG* **74** 129 ff.
- Untersuchungsgrundsatz *VwVfG* **72** 164
- Verfassungsrecht *VwVfG* **74** 40 ff.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz  
*VwVfG* **74** 37 ff.

Abwägungsmangel *VwVfG* **46** 55, 67

Abwahl *VwVfG* **92** 10

Abweichungsverbot *VwVfG* **43** 16, 21, 31

Administrative *VwVfG* **1** 13

Administrative Normsetzung *VwVfG* **9** 11

Adressat *VwVfG* **43** 10, **46** 39

- Verlust der Rechtssubjektivität *VwVfG* **43** 65

Adressatenbegriff

- materieller *VwVfG* **43** 29

Adressatenklage *VwVfG* **46** 39

Adressatenkonstellation *VwVfG* **46** 39

Adressatenkreis iwS *VwVfG* **43** 10

### Adresse

- Zustellungsempfänger *VwZG* **3** 6, 19

Akkreditierung *VwVfG* **35** 43, 79

Akte *VwVfG* **26** 45

Aktenbegriff *VwVfG* **29** 51 ff.

Akteneinsicht *VwVfG* **30** 1, **35** 7, 73, 93, **45** 106,  
**46** 119

- Aktenübersendung *VwVfG* **29** 79

- Anspruch auf ~ *VwVfG* **29** 41

- Berechtigte *VwVfG* **29** 42

- Beschränkungen *VwVfG* **29** 61 ff.

- elektronische Akte *VwVfG* **29** 81

- Entwürfe *VwVfG* **29** 55

- Europarecht *VwVfG* **29** 11, 35 ff., 123 ff.

- Form *VwVfG* **29** 78

- Gegenstand *VwVfG* **29** 51 f.

- Geheimhaltung *VwVfG* **29** 69 ff.

- Kopien *VwVfG* **29** 80

- Ort *VwVfG* **29** 78

- Planfeststellungsverfahren *VwVfG* **72** 172,  
212 f., **73** 128

- rechtliches Interesse *VwVfG* **29** 57

- Rechtsschutz *VwVfG* **29** 130 ff.

- verfahrensakzessorisches *VwVfG* **29** 12 ff.

- verfahrensunabhängiges *VwVfG* **29** 16 ff.

- verfassungsrechtlicher Bezug *VwVfG* **29** 31 ff.

- Widerspruchsverfahren *VwVfG* **29** 59

- Wohl des Bundes *VwVfG* **29** 66 ff.

Akteneinsichtsrecht *VwVfG* **45** 70

Aktenführung *VwVfG* **29** 46 ff.

Aktenführungspflicht *VwVfG* **24** 15

Aktenvermerk *VwZG* **4** 7, 5 4, **5a** 6, 9 16, **10** 13

## Stichwortverzeichnis

### Allgemeine Verwaltungsvorschriften

- zum Verwaltungszustellungsgesetz *VwZG* 13
- Allgemeinverfügung *VwVfG* 35 1, 27, 110 ff., 127 ff., 148, 45 42, 46 57
- benutzungsbezogene *VwVfG* 35 21, 27, 130 f., 138 ff.
- Entfallen der Begründungspflicht *VwVfG* 39 88
- personenbezogene *VwVfG* 35 27, 111, 114, 130 ff., 137, 144, 151, 41 132 f.
- Planfeststellungsbeschluss *VwVfG* 72 44, 74 64
- sachbezogene *VwVfG* 35 21, 27, 34, 114, 130, 134 ff.
- Verkehrszeichen *VwVfG* 41 141 ff.
- Alternativlosigkeit
- rechtliche *VwVfG* 46 79 ff.
- tatsächliche *VwVfG* 46 65 ff.
- Altrip-Urteil *VwVfG* 46 27 ff., 32, 72, 131
- Amtsermittlung *VwVfG* 46 93
- Kosten *VwVfG* 24 61
- Amtshaftung *VwVfG* 45 130, 71b 7
- Amtshilfe *VwVfG* 1 17, 2 23, 24 54, 56 ff., 71d 1
- als allgemeiner Rechtsgrundsatz *VwVfG* 4 27
- Amtshilfehandlungen *VwVfG* 4 48 ff.
- Anspruch auf *VwVfG* 5 61
- Ausschlussgründe *VwVfG* 5 30 ff.
- Auswahlermessen *VwVfG* 6 7
- Definition *VwVfG* 4 9
- Ersuchen *VwVfG* 4 31 ff.
- Ersuchensgründe *VwVfG* 5 13 ff.
- erweiterte *VwVfG* 4 39
- freiwillige *VwVfG* 5 13
- gesetzesinkongruente *VwVfG* 4 22 ff.
- im EU-Recht *VwVfG* 4 59 ff., 69 ff.
- im Verhältnis zum Ausland *VwVfG* 4 28
- maßgebliches Recht *VwVfG* 7 9 ff.
- Planfeststellungsverfahren *VwVfG* 72 151, 73 102
- Rechtsschutz *VwVfG* 5 66 ff., 7 16 ff.
- relative Geheimhaltungspflichten *VwVfG* 5 41, 47
- Schadensausgleich *VwVfG* 7 21 ff.
- Spontanhilfe *VwVfG* 4 32
- Staatswohlklausel *VwVfG* 5 43
- Subsidiarität der *VwVfG* 5 8
- und Auslagen *VwVfG* 8 15 ff.
- und Datenübermittlung *VwVfG* 5 37 ff.
- und Verwaltungsgebühren *VwVfG* 8 12 ff.
- Verantwortung der Behörden *VwVfG* 7 13 ff.
- verfassungsrechtliche Grundlagen *VwVfG* 4 8 ff., 5 6 f.
- voraussetzende *VwVfG* 4 33
- Zweck *VwVfG* 4 12
- Amtspflichtverletzung *VwVfG* 25 62
- Amtssprache
- Begriff *VwVfG* 23 9 f.

- Deutschland *VwVfG* 23 1 ff., 13, 37 45
- Europäische Union *VwVfG* 23 25
- Amtsträgereigenschaft *VwVfG* 81 13, 87 13
- Analogie *VwVfG* 45 58
- Analogiestreit
- Kostenerstattung im isolierten Vorverfahren *VwVfG* 80 2, 10, 19, 38
- Änderung
- Verwaltungsakt *VwVfG* 45 11
- Änderung der Rechtslage
- Widerruf eines VA bei *VwVfG* 49 97 ff.
- Änderung der Rechtsprechung
- Widerruf eines VA bei *VwVfG* 49 102
- Änderung der Sach- oder Rechtslage *VwVfG* 51 25 ff.
- Widerruf eines VA bei *VwVfG* 49 87 ff.
- Änderungen des Gesetzes
- Verwaltungsverfahrensgesetz *VwVfG* 45 7
- Änderungsbedarf *VwVfG* 45 23
- Änderungsbescheid *VwVfG* 45 11 ff., 94
- Klage *VwVfG* 76 54 ff.
- Änderung von VAen
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren *VwVfG* 50 1 ff.
- Rücknahme *VwVfG* 48 1 ff.
- Widerruf *VwVfG* 49 1 ff.
- Anfechtungsklage *VwVfG* 35 8, 23, 52, 74, 88, 102, 122, 46 102
- Anfechtungsregelungen
- Unionsrecht *VwVfG* 43 19
- Anhörung *VwVfG* 26 24, 35a 8, 33, 45 101 ff., 46 117, 119, 47 86
- Ablehnung von Anträgen *VwVfG* 28 27
- Allgemeinverfügung *VwVfG* 28 73 ff.
- Anhörungsberechtigte *VwVfG* 28 36
- Anwendungsbereich *VwVfG* 28 25 ff.
- Ausnahmen *VwVfG* 28 59 ff.
- Ausschlussgründe *VwVfG* 28 82 f.
- Bedeutung *VwVfG* 28 1 ff.
- Begriff *VwVfG* 28 33 ff.
- Europarecht *VwVfG* 28 6, 22 ff., 32, 98 ff.
- Form *VwVfG* 28 49
- Frist *VwVfG* 28 48
- Gegenstand *VwVfG* 28 41 ff.
- Heilung *VwVfG* 72 193
- Heilungsmöglichkeit *VwVfG* 28 106 ff.
- Hinweisfunktion *VwVfG* 28 2, 40
- Inhalt *VwVfG* 28 37 ff.
- Nachholung *VwVfG* 45 107 ff.
- öffentliches Interesse bei Absehen von A. *VwVfG* 28 64 ff.
- Planfeststellungsverfahren *VwVfG* 72 170 f., 193
- Plangenehmigung *VwVfG* 74 442
- Präklusionsvorschriften *VwVfG* 28 89 ff.
- Realakt *VwVfG* 28 30
- Rechtsgespräch *VwVfG* 28 46
- sofortige Vollziehung *VwVfG* 28 31

- Umfang *VwVfG* 28 51
- verfassungsrechtliche Bezüge *VwVfG* 28 15 ff.
- Verzicht *VwVfG* 28 59 f.
- Vollstreckungsmaßnahmen *VwVfG* 28 78 ff.
- Zeitpunkt *VwVfG* 28 47
- Anhörungsbehörde *VwVfG* 73 33 ff.
- Auslegung *VwVfG* 73 94
- Befugnisse *VwVfG* 73 46 ff., 364 ff.
- Bundesbehörde *VwVfG* 72 138
- Landesbehörde *VwVfG* 72 141
- Stellungnahme *VwVfG* 73 354 ff.
- Weisungsrecht *VwVfG* 73 103
- Anhörungsberechtigte *VwVfG* 13 38
- Anhörungsfehler *VwVfG* 45 68, 46 119
- Anhörungs-mangel *VwVfG* 46 85, 119
- Anhörungsrechte *VwVfG* 45 75
- im EU-Eigenverwaltungsrecht *VwVfG* 46 142
- Anhörungs-schreiben *VwVfG* 45 108, 113
- Anhörungs- und Begründungspflicht  
*VwVfG* 40 265
- Anhörungs-verfahren *VwVfG* 45 103
- Behördenbeteiligung *VwVfG* 73 52 ff.
- Funktion *VwVfG* 73 9 ff., 92, 110
- Öffentlichkeitsbeteiligung *VwVfG* 73 88 ff.
- Wiederholung *VwVfG* 73 352
- Anlass
- der Amtshandlung *VwVfG* 3 53
- Annahmeverweigerung
- Dokument *VwZG* 3 14, 5 3
- Annexregelung *VwVfG* 9 45
- Anordnung der sofortigen Vollziehung  
*VwVfG* 35 88
- Anscheinsbeweis *VwVfG* 26 9
- Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung
- bei der Rücknahme von VAen  
*VwVfG* 48 85 ff.
- beim Widerruf von VAen *VwVfG* 49 66 f.,  
119, 145
- Anstalt des öffentlichen Rechts
- Begriff *VwVfG* 1 38, 41 ff.
- nicht rechtsfähige *VwVfG* 1 42
- rechtsfähige *VwVfG* 1 42
- Anstoßfunktion
- Geheimhaltung *VwVfG* 72 173
- Anstoßwirkung *VwVfG* 73 38, 111
- Befassungsanstoß *VwVfG* 73 111, 130, 132,  
140, 256
- Bekanntmachung *VwVfG* 74 349, 365
- Einwendungsanstoß *VwVfG* 73 111 ff., 256
- Antizipierte Sachverständigengutachten  
*VwVfG* 26 10 ff., 39
- Antrag *VwVfG* 13 12, 25 25, 64 1 ff.
- als Entscheidungsvoraussetzung  
*VwVfG* 22 39 ff.
- Änderung *VwVfG* 22 61 f.
- Anfechtung *VwVfG* 22 60
- Annahmepflicht *VwVfG* 24 64
- Antragsbefugnis *VwVfG* 22 51
- Antragsfrist *VwVfG* 22 53 f.
- Auslegung *VwVfG* 22 45
- Bedingung *VwVfG* 22 49
- Doppelnatur *VwVfG* 22 42
- E-Mail *VwVfG* 64 14
- Fehlender *VwVfG* 22 43 f.
- Fernschreiben *VwVfG* 64 13
- Form *VwVfG* 22 28 ff., 64 7 ff.
- Funktion *VwVfG* 22 41
- Genehmigungsfiktion *VwVfG* 22 47
- Niederschrift *VwVfG* 64 15 ff.
- Rücknahme *VwVfG* 22 57 ff., 64 5
- Telebrief *VwVfG* 64 13
- Telefax *VwVfG* 64 13
- Telegram *VwVfG* 64 13
- Telekopie *VwVfG* 64 13
- Unterschrift *VwVfG* 64 9
- unvollständiger *VwVfG* 22 48
- Verwirkung *VwVfG* 22 56
- Verzicht *VwVfG* 22 55
- Widerruf *VwVfG* 22 59
- Wirkung *VwVfG* 22 33 ff.
- Antrags-erörterung *VwVfG* 25 38 ff.
- Antragsfrist *VwVfG* 45 89
- Antrags-gegner *VwVfG* 13 13
- Antrags-konferenz *VwVfG* 72 30
- Antrags-rücknahme
- Planfeststellung *VwVfG* 74 92
- Antrag-steller *VwVfG* 13 11
- Antrag-stellung
- nachträgliche *VwVfG* 45 86
- Antrags-verfahren
- Verfahrensbeginn *VwVfG* 9 33
- Anwendungsbereich *VwVfG* 45 42
- Ausnahmen *VwVfG* 2 11 ff.
- des *VwVfG* *VwVfG* 1 7 ff.
- Anzeige-verfahren *VwVfG* 9 3
- Approbation
- Rücknahme *VwVfG* 48 262
- Widerruf *VwVfG* 49 184
- Äquivalenzgrundsatz *VwVfG* 46 16
- Arbeits-sprache
- Deutschland *VwVfG* 23 9, 13
- Europäische Union *VwVfG* 23 25 f.
- Arglist
- bei der Rücknahme eines VA  
*VwVfG* 48 133 f.
- Asyl-verfahren
- Sprache *VwVfG* 23 24
- Atomrecht *VwVfG* 46 116
- Aufenthalt
- gewöhnlicher *VwVfG* 3 46 ff.
- Aufenthaltserlaubnis
- Rücknahme *VwVfG* 48 158
- Widerruf *VwVfG* 49 170 f.
- Aufenthaltstitel
- Rücknahme *VwVfG* 48 241

## Stichwortverzeichnis

---

- Widerruf *VwVfG* 49 170
- Aufhebung
  - anderweitige *VwVfG* 43 60 ff.
  - vaW *VwVfG* 43 20
- Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses
  - Aufgabe des Vorhabens *VwVfG* 77 17 ff.
  - endgültige Aufgabe des Vorhabens *VwVfG* 77 17 ff.
  - Kosten *VwVfG* 77 32
  - Rechtsbehelfe *VwVfG* 77 43 f.
  - Rechtsfolgen *VwVfG* 77 23 ff.
  - Rechtsschutz *VwVfG* 77 36 ff.
  - teilweise Aufgabe des Vorhabens *VwVfG* 77 21 f.
  - Verfahren *VwVfG* 77 33 ff.
- Aufhebungsanspruch *VwVfG* 46 56, 88
  - absoluter *VwVfG* 46 17
  - Ausschluss des *VwVfG* 46 96 ff.
  - überindividueller *VwVfG* 46 89
- Aufhebung von VAen
  - im Rechtsbehelfsverfahren *VwVfG* 50 30 f.
  - Rücknahme *VwVfG* 48 1 ff.
  - Teilaufhebung *VwVfG* 48 78, 247, 49 107, 115, 49a 38
  - Terminologie *VwVfG* 48 1 ff., 49 1 ff.
  - Widerruf *VwVfG* 49 1 ff.
- Auflage *VwVfG* 36 34 ff.
  - Abgrenzungen *VwVfG* 36 39, 62, 64
  - Akzessorietät *VwVfG* 36 35
  - Anfechtung und Widerrufbarkeit *VwVfG* 49 84 f.
  - Auflagenverstoß *VwVfG* 49 17, 79 ff., 139
  - Begriff *VwVfG* 36 34 f.
  - drittschützende *VwVfG* 36 38
  - Hinweis *VwVfG* 74 369
  - Planfeststellungsbeschluss *VwVfG* 72 179, 74 73, 146
  - Rechtswirkungen *VwVfG* 36 36 ff.
  - Schutzvorkehrung *VwVfG* 74 146
  - sofortige Vollziehung *VwVfG* 36 36
  - Verbund mit begünstigendem Haupt-VA *VwVfG* 36 34 f.
  - Widerruf *VwVfG* 36 37
- Auflagenvorbehalt *VwVfG* 36 40 ff.
  - Abgrenzung zum Widerrufsvorbehalt *VwVfG* 36 43, 65
  - Begriff *VwVfG* 36 40 f.
  - Planfeststellungsbeschluss *VwVfG* 72 179, 74 275
  - Rechtsnatur *VwVfG* 36 40 f.
  - Rechtswirkung *VwVfG* 36 40 f.
  - spezifische Anforderungen *VwVfG* 36 42
- Aufsicht *VwVfG* 71a 20, 71d 1
- Aufsichtsklage *VwVfG* 46 90
- Auftragsverarbeitung *VwVfG* 41 109 f.
- Aufwendung
  - Begriff *VwVfG* 80 29
  - des Rechtsanwalts *VwVfG* 80 48 ff.
- Drittbeteiligter *VwVfG* 80 11, 58
- notwendige *VwVfG* 80 30 ff.
- verschuldete *VwVfG* 80 34
- Aufwendungsersatzanspruch *VwVfG* 74 156, 222
- Augenschein *VwVfG* 26 46 ff.
- Ausfertigung
  - Dokument *VwZG* 2 6
- Ausgangsbehörde *VwVfG* 45 93
- Ausgangsplanfeststellungsbeschluss
  - Klage *VwVfG* 76 54 ff.
- Ausgleichsansprüche
  - bei der Rücknahme von VAen *VwVfG* 48 164 ff.
  - beim Widerruf von VAen *VwVfG* 49 154 ff.
- Auskunft *VwVfG* 1 17
- Auskunftspflichten *VwVfG* 71b 18, 71c 1 ff., 71d 9 f., 71e 6 f.
- Auskunftsrecht *VwVfG* 25 13, 19, 31 ff., 56 ff.
- Auslagen
  - der Widerspruchsbehörde *VwVfG* 80 8
  - des Rechtsanwalts im Vorverfahren *VwVfG* 80 48 ff.
  - des Widerspruchsführers *VwVfG* 80 29
- Ausländer
  - Handlungsfähigkeit *VwVfG* 12 27
- Auslandsvertretung *VwVfG* 2 39 f.
  - Begriff *VwVfG* 2 40
- Auslegung
  - Anstoßwirkung *VwVfG* 73 130
  - auf andere Weise *VwVfG* 73 118b ff.
  - Auslegungsort *VwVfG* 73 117
  - Bekanntmachung *VwVfG* 73 129 ff., 74 348 ff.
  - Datenschutz *VwVfG* 73 116
  - digitale *VwVfG* 27b 5
  - Einsichtnahme *VwVfG* 73 125
  - Frist *VwVfG* 73 119
  - Gemeinden *VwVfG* 73 102 ff., 74 345
  - Gutachten *VwVfG* 73 115
  - Internet *VwVfG* 73 118 f., 74 347 f., 351
  - Planfeststellungsbeschluss *VwVfG* 74 344 ff.
  - Planunterlagen *VwVfG* 73 108 ff.
  - richtlinienkonforme *VwVfG* 8a 43 ff.
  - unionsrechtskonforme *VwVfG* 45 30 ff., 37 ff., 46 1, 25 ff.
  - UVP *VwVfG* 73 119, 122
  - Verfahrensfehler *VwVfG* 73 121
  - verfassungskonforme *VwVfG* 46 24 ff., 76
  - Verzicht *VwVfG* 73 165
- Auslegungsfrist
  - Verlängerung *VwVfG* 73 122
- Ausmaß der zeitlichen Wirksamkeit *VwVfG* 43 11 ff.
- Ausnahmeerfordernis *VwVfG* 45 36
  - EuGH *VwVfG* 45 40
- Aussagegenehmigung *VwVfG* 84 28 ff.
- Aussageverweigerungsrecht *VwVfG* 26 21, 30, 61, 68

- Ausschlussfrist *VwVfG* 31 25 ff., 45 89, 46 29
- Ausnahmen *VwVfG* 31 28
- bei der Rücknahme von VAen *VwVfG* 48 177, 179 ff.
- beim Widerruf von VAen *VwVfG* 49 112 f., 140, 161
- Gesetzesvorbehalt *VwVfG* 31 27
- Nachsichtgewährung *VwVfG* 31 28
- Ausschlusswirkung
- erfasste Ansprüche *VwVfG* 75 1
- Plangenehmigung *VwVfG* 74 468
- Zeitpunkt und Dauer *VwVfG* 75 100
- Zweck *VwVfG* 75 1
- Ausschuss *VwVfG* 71 1 ff.
- Ablehnung von Ausschussmitgliedern *VwVfG* 71 27 ff.
- Abstimmung *VwVfG* 71 15 ff.
- Abstimmungsformen *VwVfG* 90 15 ff.
- Anwesenheitsquorum *VwVfG* 90 11 ff.
- Beanstandung von Fragen *VwVfG* 71 14
- Begriff des *VwVfG* 88 6 ff.
- Beispiele für *VwVfG* 88 10 ff.
- Beratung *VwVfG* 71 15 ff.
- Beschlüsse, fehlerhafte *VwVfG* 91 11
- Beschlussfähigkeit *VwVfG* 90 3 ff.
- Beschlussfassung *VwVfG* 91 1 ff.
- Beschlussfassungskompetenz *VwVfG* 88 7
- Beschlussform *VwVfG* 91 8
- Dirimierungsrecht des Vorsitzenden *VwVfG* 91 7
- Entscheidungsfindung *VwVfG* 88 2 f.
- Fragerecht *VwVfG* 71 12 f.
- Ladung, ordnungsgemäße *VwVfG* 90 5 ff.
- Leitungsrecht des Vorsitzenden *VwVfG* 71 6, 25
- Mehrgliedrigkeit *VwVfG* 88 7
- Mitwirkung *VwVfG* 45 114
- Niederschrift *VwVfG* 93 1 ff.
- Notbeschlussfähigkeit *VwVfG* 90 20 ff.
- Organisationsautonomie *VwVfG* 88 9
- Protokollierung *VwVfG* 71 26
- Sachdienlichkeit *VwVfG* 71 13
- schriftliches Verfahren *VwVfG* 71 10
- Tätigkeit in einem Verwaltungsverfahren *VwVfG* 88 12 ff.
- Vertreter der Aufsichtsbehörde *VwVfG* 71 21
- Vorsitzender *VwVfG* 89 3 ff.
- Wahlen *VwVfG* 92 1 ff.
- Wahlergebnis *VwVfG* 92 8 f.
- Wahlverfahren *VwVfG* 92 5 f.
- Willensbildung *VwVfG* 88 7
- Außenwirkung *VwVfG* 9 26
- Äußerungsfrist
- UVP *VwVfG* 73 236
- Äußerungsrecht *VwVfG* 66 6 ff.
- Ausnahme *VwVfG* 66 16
- Form *VwVfG* 66 14
- Nachholung *VwVfG* 66 35
- Verzicht *VwVfG* 66 16
- Zeitpunkt *VwVfG* 66 10
- Aussetzung *VwVfG* 9 48 f., 45 36
- des gerichtlichen Verfahrens *VwVfG* 45 20, 82
- des Vollzugs *VwVfG* 45 80
- Verwaltungsprozess *VwVfG* 45 83
- Austausch
- der Begründung *VwVfG* 45 95 ff., 46 52
- Austauschvertrag *VwVfG* 56 25
- Ablösungsvertrag *VwVfG* 56 90b
- Altverträge *VwVfG* 56 19
- Angemessenheit *VwVfG* 56 48 ff.
- Anwendungsbereich *VwVfG* 56 11 ff.
- Ausverkauf von Hoheitsrechten *VwVfG* 56 6 ff.
- Baurecht *VwVfG* 56 5, 17, 23, 25, 34, 51 f., 58 f., 86 f.
- Beamtenrecht *VwVfG* 56 92 ff.
- Begriff *VwVfG* 56 1 f.
- Entwicklung *VwVfG* 56 3
- Ermessen *VwVfG* 56 73 f.
- Ermessensentscheidung *VwVfG* 56 37, 41 ff.
- Erschließungsvertrag *VwVfG* 56 5, 52, 89
- Erstattungsanspruch *VwVfG* 56 82
- Fehlerfolgenregelung *VwVfG* 56 85
- Folgekostenvertrag *VwVfG* 56 34, 51, 58, 88
- Funktionen *VwVfG* 56 6 ff.
- gebundene Entscheidung *VwVfG* 56 36, 64 ff.
- Gegenleistung *VwVfG* 56 39
- gemischter Vertrag *VwVfG* 54 65 ff.
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung *VwVfG* 56 9, 35 ff.
- „hinkender“ *VwVfG* 56 16, 25 f., 76, 59 38
- Inhalt *VwVfG* 54 3, 56 20 ff.
- Kombination von Vertragstypen *VwVfG* 56 27
- Kommunalabgabenrecht *VwVfG* 56 90a
- Koordinationsverhältnis *VwVfG* 56 14
- Koppelungsverbot *VwVfG* 56 7, 9, 14, 54 ff.
- Landesrecht *VwVfG* 56 4
- Leistung *VwVfG* 56 33 ff.
- Nichtigkeit *VwVfG* 56 78 ff.
- öffentliche Aufgaben *VwVfG* 56 46 f.
- Privatrecht *VwVfG* 56 18
- Rechtsschutz *VwVfG* 56 95 f.
- Reformbedarf *VwVfG* 56 83 f.
- Schriftform *VwVfG* 56 43
- sonstige Einzelfälle *VwVfG* 56 60
- Sozialrecht *VwVfG* 56 5
- städtebaulicher Vertrag *VwVfG* 56 5, 17, 87 ff.
- Stellplatzdispensvertrag *VwVfG* 56 23, 59, 90
- Steuerrecht *VwVfG* 56 5
- Subordinationsverhältnis *VwVfG* 56 13
- Synallagma *VwVfG* 56 16, 21 ff.
- Umweltrecht *VwVfG* 56 91
- Unionsrecht *VwVfG* 56 10

## Stichwortverzeichnis

---

- Verhältnismäßigkeit *VwVfG* 56 9, 35, 48 f.
- Zustandekommen *VwVfG* 56 29 f.
- Zweckbindung *VwVfG* 56 42 ff.
- Auswechsell
- der Rechtsgrundlage *VwVfG* 47 23
- von Gründen *VwVfG* 45 95 ff.
- Authentische Sprache
- Europäische Union *VwVfG* 23 25
- Autonomie
- der EU-Mitgliedstaaten *VwVfG* 46 16
- Bauausführungsgenehmigung *VwVfG* 74 292 ff.
- Baugenehmigung
- Rücknahme *VwVfG* 48 158, 243
- Widerruf *VwVfG* 49 173
- Bauplanfeststellung *VwVfG* 72 55
- Beachtlichkeit *VwVfG* 45 44
- Bearbeitungsfrist *VwVfG* 71a 12, 71b 1, 10, 14, 16, 22
- Bedarfsplan *VwVfG* 74 17
- Bedingung *VwVfG* 36 24 ff.
- Abgrenzung zu Erläuterung und Hinweis *VwVfG* 36 29, 50
- Abgrenzung zum vorläufigen VA *VwVfG* 36 29, 57 ff.
- Abgrenzung zum Widerrufsvorbehalt *VwVfG* 36 29, 63
- Abgrenzung zur Auflage *VwVfG* 36 29, 62
- Abgrenzung zur Befristung *VwVfG* 36 29, 61
- Abgrenzung zur „modifizierenden Auflage“ *VwVfG* 36 52 ff.
- Abgrenzung zur modifizierenden Gewährung *VwVfG* 36 29
- auflösende und aufschiebende *VwVfG* 36 24
- Begriff *VwVfG* 36 24
- Rechtswirkungen *VwVfG* 36 25 ff.
- Zulässigkeit bei belastenden VA *VwVfG* 36 28
- Beeinflussung
- der Sachentscheidung *VwVfG* 46 63 ff.
- Befangenheit *VwVfG* 2 35
- analoge Anwendung bei Regelungslücken in anderen Verfahren *VwVfG* 71 3
- Ausschussmitglieder *VwVfG* 71 3
- Behördenleiter *VwVfG* 21 53
- Erörterungstermin *VwVfG* 73 310
- Gruppenzugehörigkeit *VwVfG* 21 32, 36
- maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen von Befangenheitsgründen *VwVfG* 21 20
- Planfeststellungsverfahren *VwVfG* 72 159 f.
- Präklusion bei verspäteter Geltendmachung *VwVfG* 21 52
- Prüfungsrecht *VwVfG* 21 40 f.
- Selbstablehnung *VwVfG* 21 42, 49
- Verhältnis des § 21 zu § 20 *VwVfG* 21 3 ff.
- von Sachverständigen *VwVfG* 26 36, 63
- Vorbefassung *VwVfG* 21 18, 43 f.
- Befristung *VwVfG* 36 19 ff.
- Abgrenzung zum vorläufigen VA *VwVfG* 36 23 f., 57 ff.
- Abgrenzung zur Bedingung *VwVfG* 36 23, 61
- Abgrenzung zur Inhaltsbestimmung *VwVfG* 36 20
- auflösende und aufschiebende *VwVfG* 36 19
- Begriff *VwVfG* 36 19 f.
- Rechtswirkung *VwVfG* 36 21 f.
- Beginn der Wirksamkeit *VwVfG* 43 45 ff.
- Bekanntgabe an Adressaten und Betroffene *VwVfG* 43 45 ff.
- Erklärungsweite der Behörde *VwVfG* 43 53
- mehrere Adressaten oder Betroffene *VwVfG* 43 51
- schwebende (Un-)Wirksamkeit – zustimmungsbedürftiger Verwaltungsakt *VwVfG* 43 52
- Beglaubigung von Dokumenten
- Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung *VwVfG* 33 22 f.
- Anwendungsbereich *VwVfG* 33 11 ff.
- Ausdrucke elektronischer Dokumente *VwVfG* 33 48 ff.
- Beglaubigungsmonopol *VwVfG* 33 36 ff.
- Beglaubigungsverbot *VwVfG* 33 36 ff.
- Beglaubigungsvermerk *VwVfG* 33 43 ff.
- Besonderes Verwaltungsrecht *VwVfG* 33 59
- Definition *VwVfG* 33 10
- Eigenurkunde *VwVfG* 33 25 ff.
- Eigenurkunde bei Kompetenzwechsel *VwVfG* 33 28
- Eigenurkunde bei Rechtsnachfolge *VwVfG* 33 27
- eingeschränkte Beweiskraft *VwVfG* 33 17
- elektronische Dokumente *VwVfG* 33 52 ff.
- europarechtliche Bezüge *VwVfG* 33 8 f.
- Fotokopien *VwVfG* 33 47
- Fremdurkunden *VwVfG* 33 29 ff.
- Gesetzgebungskompetenz *VwVfG* 33 7
- Landesrecht *VwVfG* 33 29 f., 57
- notarielle Beurkundung *VwVfG* 33 14
- öffentliche Beglaubigung *VwVfG* 33 15
- Parallelvorschriften *VwVfG* 33 6
- Rechtsentwicklung *VwVfG* 33 2 ff.
- Rechtsnatur *VwVfG* 33 20
- Rechtsschutzfragen *VwVfG* 33 60 f.
- Urkundenbegriff *VwVfG* 33 24
- Verstoß gegen Beglaubigungsverbot *VwVfG* 33 41 f.
- Beglaubigung von Unterschriften
- Anwendungsbereich *VwVfG* 34 6 ff.
- Anwesenheitsgebot *VwVfG* 34 26 ff.
- beglaubigungsbefugte Behörden *VwVfG* 34 13
- Beglaubigungsverbote *VwVfG* 34 21 ff.
- Beglaubigungsvermerk *VwVfG* 34 30 ff.
- Beweiskraft *VwVfG* 34 10 f.

- Handzeichen *VwVfG* 34 19 f.
- Landesrecht *VwVfG* 34 6, 35
- Muster für Beglaubigungsvermerk *VwVfG* 34 34
- Rechtsnatur *VwVfG* 34 12
- Rechtsschutz *VwVfG* 34 36
- Unterschrift *VwVfG* 34 17 f.
- Verstoß gegen Anwesenheitsgebot *VwVfG* 34 28
- zur Vorlage bei Behörde *VwVfG* 34 15
- zur Vorlage bei sonstiger Stelle *VwVfG* 34 16
- Begriffsjurisprudenz *VwVfG* 46 80
- Begründung *VwVfG* 45 90, 46 119
- auswechseln *VwVfG* 47 22
- Europäische Verwaltungszusammenarbeit *VwVfG* 8b 9 ff., 16 f.
- Planfeststellungsbeschluss *VwVfG* 74 87
- UVP *VwVfG* 74 91
- Begründungsfehler *VwVfG* 45 90, 46 49, 77 f., 119
- materielle *VwVfG* 45 94
- Begründungsmangel *VwVfG* 46 49, 119
- Begründungspflicht *VwVfG* 39 1 ff., 46 49
- analoge Anwendung *VwVfG* 39 21 ff.
- Anwendungsbereich *VwVfG* 39 16 ff.
- Ausnahmen *VwVfG* 39 68 ff.
- bei Allgemeinverfügung *VwVfG* 39 88 ff.
- bei belastendem und begünstigendem VA *VwVfG* 39 19
- bei Ermessens-VA *VwVfG* 39 58 ff.
- bei intendiertem Ermessen *VwVfG* 39 65 f.
- bei mündlichem VA *VwVfG* 39 26 f.
- bei öffentlich-rechtlichen Verträgen *VwVfG* 39 30 f.
- bei Prüfungsentscheidungen *VwVfG* 39 23 ff.
- bei Realakten *VwVfG* 39 35 f.
- bei Rechtsnormen *VwVfG* 39 37
- bei verwaltungsaktähnlichen Maßnahmen *VwVfG* 39 28 f.
- bei verwaltungsinternen Mitwirkungshandlungen *VwVfG* 39 34
- Eigenverwaltungsrecht der EU *VwVfG* 39 107 ff.
- Entstehungsgeschichte *VwVfG* 39 2 f.
- Ermessensverwaltungsakte *VwVfG* 39 20
- Fehlerfolgen *VwVfG* 39 91 ff.
- Form *VwVfG* 39 44 ff.
- Funktionen *VwVfG* 39 38 ff.
- Gegenstand *VwVfG* 39 42 f.
- Heilung *VwVfG* 39 93 ff.
- indirekter Vollzug von Unionsrecht *VwVfG* 39 12 f.
- inhaltliche Anforderungen *VwVfG* 39 48 ff.
- Landesrecht *VwVfG* 39 98
- Legitimations- und Akzeptanzfunktion *VwVfG* 39 10, 39
- Nachholung der Begründung *VwVfG* 39 93 ff.
- Rechtsschutz *VwVfG* 39 114 f.
- spezialgesetzliche *VwVfG* 39 100 f.
- spezialgesetzliche Begründungsausschlüsse *VwVfG* 39 102 ff.
- und Geheimhaltungspflichten *VwVfG* 39 105 f.
- Unionsrecht *VwVfG* 39 11 ff.
- verfassungsrechtliche Bezüge *VwVfG* 39 8 ff.
- Widerspruchsbescheid *VwVfG* 39 7
- Begünstigender VA
- Begriff *VwVfG* 48 107 ff., 49 72
- Rücknahme *VwVfG* 48 103 ff., 155 ff.
- Widerruf *VwVfG* 49 68 ff.
- Behörde *VwVfG* 35 40 ff.
- Begriff *VwVfG* 1 28 ff.
- der Länder *VwVfG* 1 45
- Handlungsfähigkeit *VwVfG* 12 24
- Planfeststellung *VwVfG* 73 56
- Behörde der Justizverwaltung
- Begriff *VwVfG* 2 34
- Behördenbegriff *VwVfG* 8a 48 ff., 58 40 f.
- funktioneller *VwVfG* 1 30, 47
- verfahrensrechtlicher *VwVfG* 1 30, 32
- (verwaltungs)organisatorischer *VwVfG* 1 30
- Behördenbeteiligung *VwVfG* 46 137
- Aufgabenbereich *VwVfG* 73 61
- Funktion *VwVfG* 73 53
- Gemeinde *VwVfG* 73 60
- grenzüberschreitend *VwVfG* 73 64
- materielles Recht *VwVfG* 73 73
- Planfeststellungsverfahren *VwVfG* 73 52 ff.
- Präklusion *VwVfG* 73 81 ff.
- Sachverständigengutachten *VwVfG* 73 78
- UVP *VwVfG* 73 64, 67, 80
- Behördeninterna *VwVfG* 1 18
- Behördenleiter *VwVfG* 6 6
- Befangenheit *VwVfG* 21 53
- Behördenportal *VwVfG* 41 8, 100 ff., 153
- Privatisierung *VwVfG* 41 109 f.
- Behördenwille
- hypothetischer *VwVfG* 46 92
- Behördenzustellung *VwVfG* 5 1 ff.
- Beirat *VwVfG* 57 3
- Verwaltungsverfahrenrecht *VwVfG* 59 9 ff.
- Beistand
- Anforderungen an den Beistand *VwVfG* 14 48
- Bestellung *VwVfG* 14 45
- Umfang *VwVfG* 14 46
- Zurückweisung *VwVfG* 14 50 ff.
- Bekanntgabe *VwVfG* 35 11, 14, 34, 78, 94, 102, 106, 129, 141 ff., 43 45 f., 48 ff., 53, 45 84, 92
- Anspruch auf *VwVfG* 41 61 f.
- Erklärungstheorie *VwVfG* 43 53
- Erklärungswille *VwVfG* 43 53
- Fiktion *VwVfG* 43 48
- Planfeststellungsbeschluss *VwVfG* 72 184, 74 314 ff.

## Stichwortverzeichnis

- Plangenehmigung *VwVfG* 74 444
- Rechtsstaatlichkeit *VwVfG* 43 45
- Rückwirkung *VwVfG* 43 50
- Unmöglichkeit *VwVfG* 43 49
- Unwirksamkeit *VwVfG* 43 50
- UVP *VwVfG* 74 318
- Wirksamkeit ohne *VwVfG* 43 46
- Bekanntgabeadressat
  - Betreuer *VwVfG* 41 69
  - Bevollmächtigter *VwVfG* 41 63 ff.
  - Drittbetroffener *VwVfG* 41 61 f.
  - gesetzlicher Vertreter *VwVfG* 41 69 ff.
  - Identitätstäuschung *VwVfG* 41 58
- Bekanntgabefehler *VwVfG* 41 145 ff., 157 ff.
  - Heilung/Verwirkung *VwVfG* 41 49 f., 146 ff.
- Bekanntgabefiktion für VA *VwVfG* 71b 30 ff.
- Bekanntgabe (VA) *VwVfG* 45 47, 46 58, 71b 25 ff., 71d 6, 71e 5
  - Adressat *VwVfG* 41 55 ff.
  - Arten *VwVfG* 41 31 ff.
  - Ausland *VwVfG* 41 85, 88
  - Begriff *VwVfG* 41 17 ff.
  - Behördenportal *VwVfG* 41 8, 100 ff., 153
  - Bekanntgabefehler *VwVfG* 41 145 ff., 157 ff.
  - Bekanntgabefehler (Heilung) *VwVfG* 41 49 f., 146 ff., 162
  - Bekanntgabefehler (Verwirkung) *VwVfG* 41 49 f., 146 ff., 160, 162
  - Bekanntgabefiktion *VwVfG* 41 83 ff., 139
  - Bekanntgabewille *VwVfG* 41 20 ff., 107, 123
  - Bevollmächtigter *VwVfG* 41 63 ff.
  - Beweislast *VwVfG* 41 91 ff., 96
  - durch Abruf *VwVfG* 41 8, 100 ff., 153
  - Ehegatten *VwVfG* 41 59
  - elektronischer VA *VwVfG* 41 35 ff., 104
  - elektronische Übermittlung *VwVfG* 41 40 ff., 77 ff., 95 f., 98 f.
  - E-Mail *VwVfG* 41 80 ff.
  - Empfangsbevollmächtigter *VwVfG* 41 88
  - Empfangsbote *VwVfG* 41 59, 82
  - Erbengemeinschaft *VwVfG* 41 59
  - Form *VwVfG* 41 34 ff.
  - Grundsatz der Individualbekanntgabe *VwVfG* 41 31 ff.
  - Handlungsunfähiger *VwVfG* 41 69 ff.
  - Hochschulrecht *VwVfG* 41 106 f.
  - Identitätstäuschung *VwVfG* 41 58
  - Miteigentümer *VwVfG* 41 59
  - nichtrechtsfähige Personenmehrheit *VwVfG* 41 59
  - öffentliche *VwVfG* 41 127 ff.
  - öffentlich zugängliches Netz *VwVfG* 41 105 ff.
  - Personenhandelsgesellschaft *VwVfG* 41 60
  - Rechtsschutz *VwVfG* 41 157 ff.
  - Sonderstatusverhältnis *VwVfG* 41 106 f.
  - Telefax *VwVfG* 41 38 f., 47, 76
  - Verfahren über Einheitliche Stelle *VwVfG* 41 26, 85
- Verkehrszeichen *VwVfG* 41 141 ff.
- vollständig automatisiert erlassener VA *VwVfG* 41 39
- Vollziehbarkeitsanordnung *VwVfG* 41 14
- Wirkungen *VwVfG* 41 28 ff., 145
- Wohnungseigentümergeinschaft *VwVfG* 41 60
- Zeitpunkt *VwVfG* 41 73 ff., 138
- Zugang *VwVfG* 41 73 ff.
- Zugangseröffnung *VwVfG* 41 42 ff., 49 f.
- Zugangsvereitelung *VwVfG* 41 97 ff.
- Zusicherung *VwVfG* 41 13
- Zustellung *VwVfG* 41 144, 148
- Bekanntgabewille
  - Aufgabe *VwVfG* 41 24 f.
- Bekanntmachung
  - Adressat *VwVfG* 73 136
  - Anstoßwirkung *VwVfG* 73 132, 140
  - Bekanntmachungsfehler *VwVfG* 74 375 ff.
  - der Auslegung von Dokumenten *VwVfG* 27b 27 ff.
  - Erörterungstermin *VwVfG* 73 88 ff.
  - Gegenstand *VwVfG* 74 364
  - Hinweise *VwVfG* 73 142
  - Inhalt *VwVfG* 73 139 ff.
  - Internet *VwVfG* 72 169, 73 133 f., 144b, 145a, 74 351, 374
  - Medien *VwVfG* 74 358
  - öffentliche *VwVfG* 72 169, 237, 73 135, 74 357 ff.
  - ortsübliche *VwVfG* 72 170, 73 129 ff., 74 340 ff.
  - UVP *VwVfG* 73 139 ff., 149
  - Vereinigungen *VwVfG* 73 138
- Belang
  - Begriff *VwVfG* 73 10, 183
  - berührt *VwVfG* 74 488
  - eigene *VwVfG* 73 186
  - Einwendungen *VwVfG* 73 216
  - Entschädigung *VwVfG* 74 230
  - Erkennbarkeit *VwVfG* 73 219, 222
  - öffentlicher *VwVfG* 74 488
  - Plangenehmigung *VwVfG* 74 406
  - Schutz *VwVfG* 74 178
- Belastender VA
  - Begriff *VwVfG* 48 109, 49 58
  - Rücknahme von *VwVfG* 48 34 ff.
  - Widerruf von *VwVfG* 49 55 ff.
- Belehrung *VwZG* 5 19, 5a 6
- Belehrungspflicht *VwVfG* 25 3, 12
- Beleihung *VwVfG* 1 49 ff., 54 51, 81 21
  - Aufsicht *VwVfG* 1 51
  - Begriff *VwVfG* 1 49 f.
  - Beleihungsakt *VwVfG* 1 53 f.
  - beleihungsfähige Personen *VwVfG* 1 56
  - Beleihungsgesetz *VwVfG* 1 53
  - Formen *VwVfG* 1 53 ff.
  - Gebühren *VwVfG* 1 57

- und Gesetzesvorbehalt *VwVfG* 1 51
- Beliehener *VwVfG* 1 49 ff., 35 43, 46, 52, 79
- Benehmen
  - Plangenehmigung *VwVfG* 74 423
- Beratung *VwVfG* 25 4, 12, 19, 21 ff., 56 ff.
- Berichtigung *VwVfG* 45 16, 47 14
  - Anspruch auf Berichtigung *VwVfG* 42 35
  - Arten von Unrichtigkeit *VwVfG* 42 8 ff.
  - Ermessensentscheidung *VwVfG* 42 33 f.
  - offenbare Unrichtigkeit *VwVfG* 42 15 ff.
  - Rechtsfolgen *VwVfG* 42 36 ff.
  - Rechtsnatur *VwVfG* 42 21 ff.
  - Rechtsnatur der Ablehnung *VwVfG* 42 24 f.
  - Rechtsschutz *VwVfG* 42 42 ff.
  - Verfahren *VwVfG* 42 26 f., 31 f.
  - Zuständigkeit *VwVfG* 42 28 ff.
- Beruf *VwVfG* 3 43
- Bescheidungsurteil *VwVfG* 46 103
- Beschlusswahlen *VwVfG* 92 1
- Bestandskraft *VwVfG* 43 15 ff., 24, 45 11 f., 36, 49, 51 3 f., 52 2
  - formelle *VwVfG* 43 9, 16 ff.
  - materielle *VwVfG* 43 9, 16 f., 21 ff., 25 ff.
  - Unionsrecht *VwVfG* 43 28
- Bestimmtheit
  - Baulast *VwVfG* 37 54
- Bestimmtheit des VA
  - bei Gebühren- und Abgabenbescheiden *VwVfG* 37 104 f.
- Bestimmtheitsgebot *VwVfG* 8a 19, 37 19 ff.
  - bei Baugenehmigung *VwVfG* 37 47 ff.
  - Bestimmtheit des Adressaten *VwVfG* 37 30 ff.
  - Bestimmtheit des Mittels *VwVfG* 37 55 ff., 106 ff.
  - der Regelung *VwVfG* 37 43 ff.
  - Eigenverwaltungsrecht der EU *VwVfG* 37 205
  - Fehlerfolgen *VwVfG* 37 113 ff.
  - Ge- und Verbote *VwVfG* 37 65 ff.
  - „Heilung“ von Bestimmtheitsmängeln *VwVfG* 37 116 ff.
  - indirekter Vollzug von Unionsrecht *VwVfG* 37 14 ff.
  - Kasuistik *VwVfG* 37 43 ff.
  - Klarstellung von Bestimmtheitsmängeln *VwVfG* 37 116 ff.
  - Landesrecht *VwVfG* 37 203
  - Nichtigkeit bei Verstoß *VwVfG* 37 114 f.
  - Planfeststellungsbeschluss *VwVfG* 74 80
  - Polizei- und Ordnungsrecht *VwVfG* 37 65 ff.
  - Unionsrecht *VwVfG* 37 13 ff.
  - verfassungsrechtliches *VwVfG* 37 9 ff.
  - Vollstreckbarkeit *VwVfG* 37 74 ff., 121
- Beteiligte *VwVfG* 13 1 ff., 45 103
  - Adressaten *VwVfG* 13 15 ff.
  - Anhörungsberechtigte *VwVfG* 13 38
  - einfache Hinzuziehung *VwVfG* 13 22 ff.
  - geborene Beteiligte *VwVfG* 13 11 ff.
  - gekorene Beteiligte *VwVfG* 13 20 ff.
  - Hinzuziehung *VwVfG* 13 20 ff.
  - Hinzuziehungsverfahren *VwVfG* 13 31 ff.
  - Naturschutzvereinigung *VwVfG* 13 44
  - notwendige Hinzuziehung *VwVfG* 13 28 ff.
  - Planfeststellungsverfahren *VwVfG* 72 154 ff., 73 89
    - Plangenehmigung *VwVfG* 74 441
    - Rechtsentwicklung *VwVfG* 13 1 f.
    - Rechtsnachfolge *VwVfG* 13 39 f.
    - Regulierungsrecht *VwVfG* 13 4
    - Unionsrecht *VwVfG* 13 9
    - verfassungsrechtliche Einwirkungen *VwVfG* 13 8
    - Vertragspartner *VwVfG* 13 18
- Beteiligte Eigenschaft
  - Beginn *VwVfG* 13 14
  - Ende *VwVfG* 13 17
- Beteiligtenstellung *VwVfG* 45 103
- Beteiligungsfähigkeit *VwVfG* 11 1 ff.
  - Behörden *VwVfG* 11 18
  - BGB-Gesellschaft *VwVfG* 11 14
  - Fehlerfolgen *VwVfG* 11 23
  - Gründungstheorie *VwVfG* 11 13
  - juristische Person *VwVfG* 11 12
  - Kirchen *VwVfG* 11 12
  - maßgeblicher Zeitpunkt *VwVfG* 11 19 f.
  - Menschenwürdebezug *VwVfG* 11 5
  - nasciturus *VwVfG* 11 9
  - natürliche Person *VwVfG* 11 9 ff.
  - Organe *VwVfG* 11 11
  - Ortsverband *VwVfG* 11 15
  - Planfeststellungsverfahren *VwVfG* 73 180
  - Rechtsschutz *VwVfG* 11 27
  - Religionsgemeinschaften *VwVfG* 11 12
  - Schulen *VwVfG* 11 12
  - Sitztheorie *VwVfG* 11 13
  - Streit um die Beteiligungsfähigkeit *VwVfG* 11 21 f.
  - Tod *VwVfG* 11 10
  - Unionsrecht *VwVfG* 11 7, 26
  - Vereinigung *VwVfG* 11 15 ff.
- Beteiligungsrecht *VwVfG* 46 123, 133 ff.
  - der Gemeinde *VwVfG* 46 136
  - im EU-Eigenverwaltungsrecht *VwVfG* 46 142
- Betreuer *VwZG* 6 2
- Betretene Personen
  - Handlungsfähigkeit *VwVfG* 12 25
- Betreuter
  - Informationspflicht *VwZG* 6 5
- Betreuung *VwVfG* 100 3
  - Handlungsfähigkeit *VwVfG* 12 26
- Betreuungspflicht *VwVfG* 25 1, 26 ff., 63
- Betrieb *VwVfG* 3 40
- Betriebsstätte *VwVfG* 3 42
- Betroffene
  - Begriff *VwVfG* 73 89 f.
  - Enteignung *VwVfG* 73 114
  - nicht ortsansässige *VwVfG* 73 152 ff.

## Stichwortverzeichnis

- ortsansässige *VwVfG* 73 101, 136
- Zustellung *VwVfG* 74 330
- Beurteilungsspielräume *VwVfG* 40 90 ff.
- Eröffnung politischer Handlungsspielräume *VwVfG* 40 117 ff.
- Leitprinzipien *VwVfG* 40 100
- Prognosesachverhalte *VwVfG* 40 122 ff.
- Prüfungen, berufsbezogene *VwVfG* 40 103 ff.
- Selbstregulierung, gesellschaftliche *VwVfG* 40 112 ff.
- vollständig automatisierter Erlass von VA *VwVfG* 35a 4, 8, 19, 28 ff.
- Bevollmächtigter *VwZG* 7 1, 9 12 f.
- Bekanntgabe *VwVfG* 41 63 ff.
- Kosten *VwVfG* 80 48 ff.
- Zuziehung im Vorverfahren *VwVfG* 80 35 ff.
- Beweisantrag *VwVfG* 24 39 f.
- Beweisbedürftigkeit *VwVfG* 26 8 ff.
- Beweiserhebung
  - Ausland *VwVfG* 26 16
- Beweiserhebungsverbot *VwVfG* 24 31 ff., 91
- Zustimmung *VwVfG* 24 33
- Beweismittlungsantrag *VwVfG* 24 40
- Beweisführungslast *VwVfG* 24 60
- Beweiskraft *VwZG* 5a 5
- Beweislast *VwVfG* 24 60 ff., 46 73, 75, 72 197
  - bei Verfahrensfehlern *VwVfG* 46 30
  - für die Nichtbeeinflussung der Sachentscheidung *VwVfG* 46 72
  - im EU-Eigenverwaltungsrecht *VwVfG* 46 144
- Beweislastverteilung
  - bei Verfahrensfehlern *VwVfG* 46 30
- Beweismittel *VwVfG* 51 31 ff.
- Beweistermin *VwVfG* 66 17 ff.
  - Benachrichtigung *VwVfG* 66 19
  - Fragerecht *VwVfG* 66 21
  - Terminsverlegung *VwVfG* 66 19
- Beweisvereitelung *VwVfG* 24 28
- Beweisverfahren *VwVfG* 26 5 ff.
- Beweisverwertungsverbot *VwVfG* 24 32
- Beweiswürdigung
  - eidesstattliche Versicherung *VwVfG* 27 3, 11, 20
  - Grundsatz der freien *VwVfG* 24 23 ff., 26 43
  - Verbot der Vorwegnahme *VwVfG* 24 40 ff.
  - Wahrunterstellung *VwVfG* 24 41
- Bewerbungsverfahrensanspruch *VwVfG* 46 99
- Bezirk
  - einer Behörde *VwVfG* 3 35
- Bindungswirkung *VwVfG* 43 28
- Biogasanlage *VwVfG* 45 36
- Blankounterschrift
  - Beglaubigungsverbot *VwVfG* 34 22
- Botschaft *VwVfG* 2 40
- Briefumschlag *VwZG* 3 5 ff.
- Bund
  - Auslandsvertretungen *VwVfG* 2 39 f.
- Bundesbehörden
  - oberste *VwVfG* 1 37
- Bundesfachplanung *VwVfG* 72 115
- Bundesnaturschutzgesetz *VwVfG* 46 120 ff.
- Bundesoberbehörden *VwVfG* 1 37 ff.
- Bundesrat *VwVfG* 45 5, 46 10
- Bundesstaatsprinzip *VwVfG* 1 6
- Bundesverwaltung *VwVfG* 1 37 ff.
  - mittelbare *VwVfG* 1 38 ff.
  - unmittelbare *VwVfG* 1 37
- Bündnisfall *VwVfG* 95 4
- Bürgerbeteiligung
  - frühzeitige *VwVfG* 72 31, 166
  - und Raumordnung *VwVfG* 72 104
- Bürgerinitiativen *VwVfG* 73 201
- Bürgerkonto *VwVfG* 3a 22
- Commune di Corridonia
  - EuGH *VwVfG* 45 34
- Computerfax *VwVfG* 3a 49; *VwZG* 5 7
- Darstellung
  - Begründung *VwVfG* 74 91
- Datenschutz *VwVfG* 8a 20, 8d 4
  - Auftragsverarbeitung *VwVfG* 41 109 f.
  - Europäische Verwaltungszusammenarbeit *VwVfG* 8d 11 ff.
  - Planfeststellungsverfahren *VwVfG* 73 116
- Dauer der Wirksamkeit *VwVfG* 43 54 ff.
  - anderweitige Aufhebung *VwVfG* 43 60 ff.
  - Aufhebung durch Behörden *VwVfG* 43 61
  - Aufhebung durch Gerichte *VwVfG* 43 62
  - Aufhebung durch Gesetzgeber *VwVfG* 43 60
  - Ende der Wirksamkeit *VwVfG* 43 54 ff.
  - Erfüllung *VwVfG* 43 68
  - Erledigung auf andere Weise *VwVfG* 43 65 ff.
  - Erledigung durch Zeitablauf *VwVfG* 43 63 f.
  - Rücknahme, Widerruf *VwVfG* 43 58 f.
  - Teilbarkeit *VwVfG* 43 56 f.
  - Überholung *VwVfG* 43 70
  - Vollziehung *VwVfG* 43 69
  - Wegfall des Regelungsgegenstandes *VwVfG* 43 67
  - Zweckerreichung *VwVfG* 43 68
- Dekodifikation
  - des *VwVfG* *VwVfG* 46 18
- Delegation *VwVfG* 4 55
- De-Mail *VwVfG* 3a 13, 75, 88, 144 ff., 151b ff.; *VwZG* 5a 1
- Demokratie *VwVfG* 46 118
- Demokratieprinzip *VwVfG* 8a 18, 73 11, 74 34, 46, 102
- Deregulierung *VwVfG* 1 50
- Deutsches Marken- und Patentamt
  - Verfahren vor dem *VwVfG* 2 25
- Deutsche Sprache *VwVfG* 23 4, 11 f.
- Devolutiveffekt *VwVfG* 45 77
- Dialekt *VwVfG* 23 12
- Dienende Funktion
  - Verwaltungsverfahren *VwVfG* 45 2, 46 11 ff., 7
- Dienstaufsichtsbeschwerde *VwVfG* 79 12